

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 28 vom 13. Juli 1979

13. Jahrgang

1 DM

Verhindert ein neues '33

Stoppt Strauß!

Nun ist es soweit. Die CDU/CSU-Fraktion hat Franz Josef Strauß zu ihrem Kanzlerkandidaten für die nächsten Bundestagswahlen im Herbst 1980 gewählt. Damit bringt die Bourgeoisie einen Mann ins Spiel um die Macht in Bonn, der sich auf alle Reaktionäre und Faschisten im In- und Ausland stützen kann. Strauß ist ein Politiker, der eine neue faschistische Massenbewegung zu entfachen vermag.

Offensichtlich geht die Bourgeoisie davon aus, daß sich die kapitalistische Krise in den achtziger Jahren drastisch verschärfen wird. Für die Kapitalisten wächst die Gefahr, daß sie von den Arbeitern und Werktätigen ein für allemal davongejagt werden.

Während die Arbeiterklasse und die fortschrittliche Öffentlichkeit mit Empörung auf diese erneute Provokation nach der Wahl Carstens und Stücklens in hohe Staatsämter reagieren, beginnt in nahezu der gesamten deutschen Presse eine Art „Reinwaschkampagne“ zugunsten des frischgebackenen Kanzlerkandidaten. Sein Wahlkampfgegner Schmidt hat seine Anhänger bereits gewarnt, den CSU-Mann zu dämonisieren.

Sollen wir einfach vergessen, daß Strauß Nationalsozialistischer Führungsoffizier war? Daß Strauß gegen den Willen des gesamten deutschen Volkes mit allen Mitteln an führender Stelle die Wiederaufrüstung durchgepeitscht hat?



„Wer mich daran hindern würde, an die Macht zu kommen, den würde ich umbringen.“ (F. J. Strauß am 10.10.1970 im „Wienerwald“, New York City, 20 Uhr 30).

Daß Strauß in zahllose Korruptionsaffären verwickelt war? Wenn Strauß „Freiheit“ sagt, meint er Diktaturen wie Pinochets Chile oder Somozas Nicaragua.

Unmittelbar nach Bekanntwerden der Kandidatur von

Strauß haben die Genossen der KPD/ML und der Roten Garde vor den Betrieben und im Stadtteil ein Flugblatt verteilt,

das die Bevölkerung zum Widerstand gegen die verschärfte Faschisierung aufruft. Es endet mit den Worten: „Sollen wir dazu schweigen? Sollen wir warten, bis wir uns früher oder später wiederfinden, Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschafter, Christen, deutsche und ausländische Arbeiter in den neuen KZs? Kolleginnen und Kollegen, so weit darf es nicht kommen! Noch ist es Zeit. Stoppt den Vormarsch von Strauß. Verhindert ein neues 1933. Denkt daran:

Wer Strauß wählt, wählt Reaktion, Faschismus und Krieg!

(siehe auch nächste Seite: Kommentar des Vorsitzenden der KPD/ML, und Seite 6: Beginn einer Artikelserie über F. J. Strauß)

Regierungserklärung zur Energiepolitik

Geld für die Monopole — wir sollen zahlen

Schmidt bekräftigt bisherige Politik

Am 4. Juli gab Bundeskanzler Schmidt eine Regierungserklärung über die Energiepolitik nach dem Treffen der Großmächte in Tokio ab.

Wie die Ergebnisse von Tokio selbst, so läßt sich auch der Inhalt der Regierungserklärung mit den Worten beschreiben: vorläufig weiter wie bisher!

Einerseits wird gegenüber der werktätigen Bevölkerung gedroht: Zwar habe man jetzt noch kein Zwangsprogramm zum Energiesparen verabschiedet, aber wenn sich „die Vernunft“ nicht durchsetzt, dann werde man im Herbst weiter überlegen müssen.

Andererseits sollen der werktätigen Bevölkerung auch weiterhin die ganzen Lasten der Entwicklung aufgehälst werden: Es werden keinerlei Maßnahmen zur Senkung des Benzinpreises getroffen. Im

Gegenteil. Wie bisher soll das Prinzip des „freien Marktes“ wirken, das zu den riesigen Preiserhöhungen geführt hat. Unmittelbar danach wurden dann auch von den Ölmongolen weitere Benzinpreiserhöhungen angekündigt. Auch der Preistreiber bei den Mieten, über den Preis für leichtes Heizöl, wird freier Lauf gelassen; keinerlei Hilfen für die Mieter.

Dagegen soll die Finanzierung der Kohleforschung beschleunigt werden. Schmidt kündigte für den Winter Ausgaben in „ungewohnter Höhe“ an, damit die Konzerne ihre Forschung verstärken können. Diese Forschung ist fest in den Händen der Energiemonopole. Die Erhöhung und Beschleunigung der Zuschüsse an die Monopole ist denn auch das einzig unmittelbare Neue an der Regierungserklärung.

Nicaragua

Washingtons diplomatische Gegenoffensive

Diktator Somoza von Amerikas Gnaden. Auch die Regierung der Bundesrepublik unterhält nach wie vor volle diplomatische Beziehungen zum Regime dieses Henkers.

Während die Volksstreitkräfte auf Nicaraguas Hauptstadt Managua vorrücken und die Gegenoffensive der Nationalgarde Somozas im Scheitern begriffen ist, die militärische Niederlage des Diktators immer wahrscheinlicher wird, spielen die US-Imperialisten mit zwei Karten.

Einerseits setzen sie ihre Waffenlieferungen an die Nationalgarde über Israel, Spanien und Argentinien fort und verstärken sie sogar.

Andererseits versuchen sie, einen möglichst starken Einfluß auf die vor kurzem gebildete provisorische Regierung der oppositionellen Kräfte zu bekommen. Zu diesem Zweck haben sie jetzt eine große diplomatische Offensive organisiert. Viron Vaky, Spitzenbeamter



Gespentisch! Ehemalige KZ-Häftlinge werden während der Verjährungsdebatte im Bundestag zum Schweigen gebracht. Ein politischer Skandal! Dieses Bild enthüllt schlaglichtartig den Hintergrund der Bonner Verjährungsdebatte. Sie, die die Greuel des Hitler-Regimes am eigenen Leibe erfahren haben, wohnen in ihrer alten Häftlingskluft auf der Zuschauertribüne der Bundestagssitzung bei. Als die Hetzreden bestimmter Abgeordneter, die sich offen für die Verjährung einsetzen, unerträglich werden, hält es die ehemaligen KZ-Insassen nicht mehr auf ihren Stühlen. Erregt rufen sie in den Plenarsaal: „Mörder werden freigesprochen!“ Für einen Moment ist die Wahrheit in diesen Saal gedrungen und hat den Rauchvorhang von Lüge und Heuchelei zerrissen. Aber nicht lange. Saalordner stürzen sich auf sie und werfen sie brutal aus dem Saal. Die Debatte kann fortgesetzt werden. Nichts entlarvt besser als dieser Vorfall, daß die wirklich brennenden Verjährungsfragen von diesem Parlament totgeschwiegen wurden.

Staatshaushalt 1980

Wachsende Rüstungsausgaben

In der vergangenen Woche verabschiedete das Bundeskabinett den Haushaltsentwurf für das Jahr 1980. Er liegt mit 215,4 Milliarden Mark um 5,1 Prozent über dem Haushalt des laufenden Jahres. Der größte Teil dieser Milliarden stammt aus dem Steueraufkommen der werktätigen Massen. Aber nach dem Haushaltsentwurf soll künftig ein noch geringerer Anteil der Steuergelder als bisher sozialen Zwecken zugeführt werden. Den größten Brocken fressen wieder die Kriegsvorbereitungen des Bonner Staates und die Subventionen für die Unternehmer. Mit 37,7 Milliarden Mark stellt der Etat des Kriegsministeriums den zweitgrößten Haushaltsposten überhaupt dar. Dabei muß man aber wissen, daß ein beträchtlicher Teil der Rüstungsaus-

gaben in anderen Posten verborgen ist wie zum Beispiel in „Forschung und Technologie“. Dieser Posten ist gegenüber dem laufenden Haushalt gleich um 11,2 Prozent hochgesetzt worden. Überdurchschnittlich wachsen sollen auch die Ausgaben für „Wirtschaftliche Zusammenarbeit“ (Entwicklungshilfe 12,5 Prozent) und des Auswärtigen Amtes (11,1 Prozent): ein Ausdruck der verschärften neokolonialistischen Bestrebungen Bonn. Noch höher liegen die Steigerungsraten für die Posten „Bundes-schuld“ (20,9 Prozent) und für die Beamtengehälter (20,7 Prozent). „Bundes-schuld“ steht für die Zinsen, die Bonn für die Verschuldung der Staatskasse zahlen muß. Sie beläuft sich in diesem Haushaltsentwurf auf 28 Milliarden Mark.

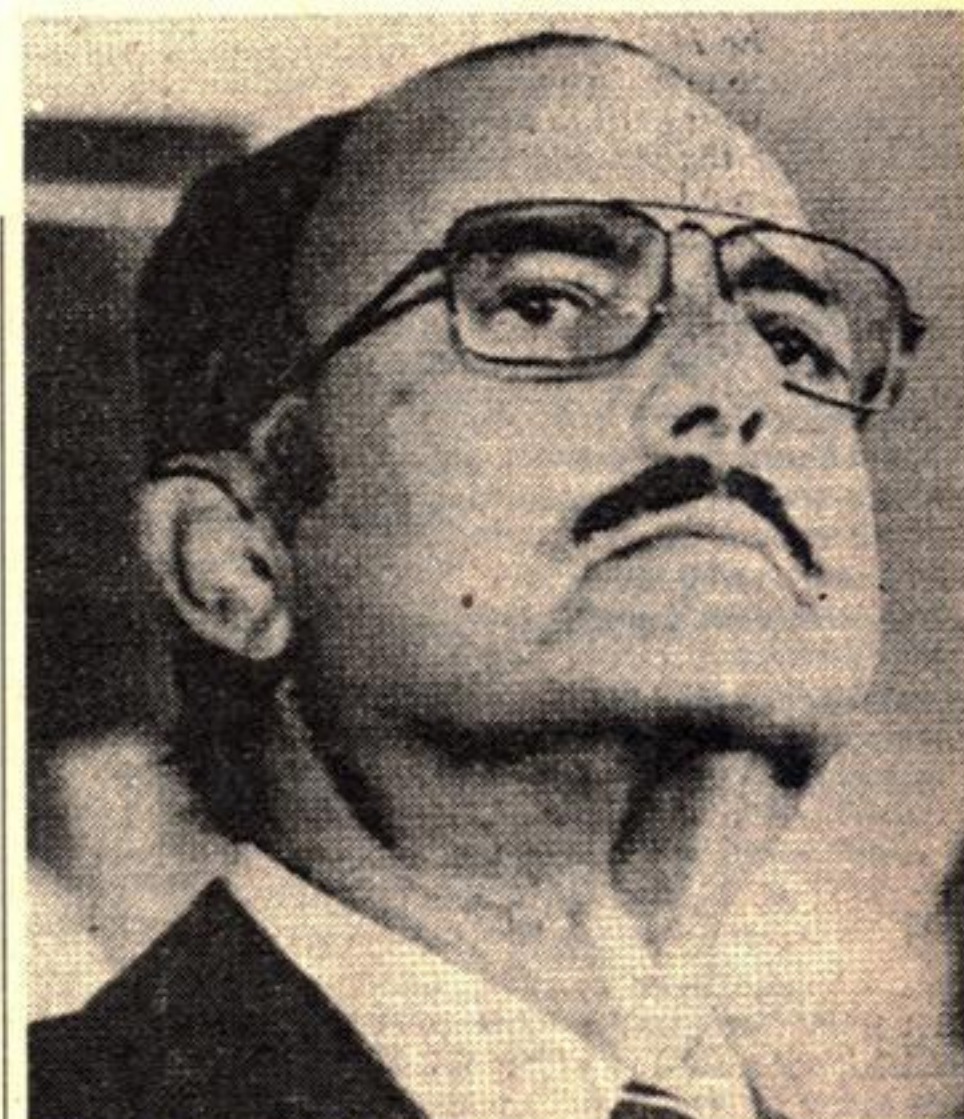
Loderer gegen Nachschlag

Ausdrücklich, trotz der Preissteigerungen, hat sich IG-Metall-Chef Loderer gegen einen Nachschlag für die Stahl- und Metallarbeiter ausgesprochen. Damit setzt er sich eklatant in Widerspruch zu den Forderungen der Arbeiterschaft und den Mitgliedern der IG Metall, die schon seit langem einen Ausgleich für die neue Preiswelle fordern.

Erst am 6. 7. haben die Kollegen vom Maschinenbau auf der Hamburger Werft Blohm und Voss drei Stunden lang für mehr Geld gestreikt.

Iranische Ölleitungen gesprengt!

Mehrere Öl- und Gasleitungen in der südiranischen Provinz Khusistan sind explodiert und haben die Wüste in ein Flammenmeer gehüllt. Das Revolutionskomitee in Abadan erklärte, daß es sich um Sabotageaktionen handelt.



Diktator Somoza von Amerikas Gnaden. Auch die Regierung der Bundesrepublik unterhält nach wie vor volle diplomatische Beziehungen zum Regime dieses Henkers.

Kommentar

Ernst Aust

Stoppt Strauß!

Nun ist es soweit. Schneller als gedacht. Von vielen noch nicht erwartet. Strauß soll Bundeskanzler werden. Trotz der zu erwartenden Polarisierung haben ihn CSU/CDU als ihren neuen Führer auf den Schild gehoben. Und von Kampen bis Rottach-Egern jubelt die schwarz-braune Reaktion, während sich die Arbeiterklasse von Kiel bis München auf kommende Schlachten vorbereiten sollte.

Warum Strauß jetzt? Nach Meinungsumfragen erhielt er doch weniger Stimmen bei einer Bundestagswahl als Albrecht. Warum nicht die CDU mit Albrecht und eine bundesweite CSU mit Strauß an der Spitze? Nach Meinungsumfragen erhielten sie getrennt marschierend doch mehr Stimmen als in einer Partei. Warum Strauß jetzt, der doch nicht nur bei großen Teilen der Bevölkerung im Inland, sondern auch im Ausland als der Prototyp von Reaktion und Faschismus gilt.

Offensichtlich schätzt das Finanzkapital, die Herren der Monopole und Banken, die Lage so ernst, die kommenden Jahre so schwierig ein, daß es meint, ohne den starken Mann à la Hitler nicht auskommen zu können. Es rechnet damit, daß sich schon in den kommenden Monaten — bis hin zur Bundestagswahl — die Wirtschaftslage in der Bundesrepublik und Westberlin weiter verschlechtern wird, wie die steigenden Preise schon anzeigen. Es rechnet damit, daß sich die Klassenkämpfe verschärfen. Es rechnet damit, daß die Schmidt/Genscher-Regierung um unpopuläre Maßnahmen nicht herumkommt, so daß für den „Retter in der Not“ durchaus eine Chance besteht.

Um einer präfaschistischen Strauß-Regierung die nötige soziale Grundlage zu geben, ist die breitere Basis von CDU und CSU besser geeignet als eine bundesweite Strauß-Partei, die von der Bevölkerung viel eher als eine reaktionäre, eine Partei nazistischen Musters eingeschätzt würde. Und was die skandalumwitterte, von -zig Affären, zügellosem Machtstreben und politischer Skrupellosigkeit gekennzeichnete Vergangenheit dieses Erzreaktionärs betrifft, so hofft man, daß inzwischen Gras darüber gewachsen ist. Wir werden in den

kommenden Monaten sicherlich einen Strauß erleben, der bemüht sein wird, sich human, sozial und menschenfreundlich zu geben, als ein „wahrer“ Helfer der Armen und Schwachen.

„Niemand sollte die Gefahr unterschätzen, die hier heranwächst.“

Der Wolf frißt Kreide, um als das liebe Großmütterlein zu erscheinen, doch an seiner Wolfsnatur ändert das nichts. Wer wie Strauß Nationalsozialistischer Führungsoffizier (NSFO) war; SPD-Abgeordnete am liebsten „aufhängen“ möchte; die Worte „Nie wieder Krieg“ für „heute fehlt am Platze“ hält; sich selbst „als Führer des Rechtskartells“ empfiehlt; die „roten Ratten“, Sozialdemokraten und Kommunisten, dorthin jagen möchte, „wo sie hingehören — in ihre Löcher“; Kommunisten mit „Sittlichkeitsverbrechen“ vergleicht, die man ja „auch nicht frei herumlaufen“ läßt; die Sowjetunion „von der Landkarte ausradieren“ zu können glaubt usw. usw., der ist auch gut für ein neues 1933 und '39, für den Bau neuer KZs und die Entfesselung neuer Kriege.

Niemand sollte die Gefahr unterschätzen, die hier heranwächst, wobei die reaktionärfaschistoide Troika Strauß-Carstens-Stücklen nur die Spitze des Eisbergs ist. Und wir meinen es bitter ernst, wenn wir sagen: Wer Strauß wählt, wählt Reaktion, Faschismus und Krieg! Was sind angesichts dieser Gefahr die NPD, die sowie-so mit fliegenden Fahnen zum Strauß überlaufen wird, die Wikinger, die Hansa-Bande, die NSDAP/AO? Lächerliche Häuflein, die uns die Bourgeoisie und ihre Handlanger — um uns von sich, von Strauß & Co. abzulenken — als den faschistischen Gottseibeins hinstellen möchten. Haut sie, und zum gegebenen Zeitpunkt verbieten wir beide „Rechts- und Linksextremisten“. Nicht, daß wir sie ungestört wirken lassen sollten, daß es nicht richtig wäre, ein Verbot dieser offen faschistischen Organisationen zu verlangen, doch der Hauptfeind sind sie nicht. Der sitzt in Bonn. Der sitzt in den Palästen

und Villen, den Chefetagen der Konzernverwaltungen und Banken. Der Hauptfeind ist das Finanzkapital, die Herren der Monopole und Banken.

Man sagt, die Geschichte wiederhole sich nicht. Das ist nur bedingt richtig. Nur insofern, als daß zum Beispiel heute in der Bundesrepublik kaum damit zu rechnen ist, daß der Faschismus über eine Partei vom Muster der NSDAP kommt, sondern viel eher — wie wir ja sehen — über die CDU/CSU mit Strauß an der Spitze oder — was auch nicht ganz auszuschließen ist — über eine große Koalition. Was sich jedoch stets wiederholt, was bleibt, ist die dem Kapitalismus innewohnende Gesetzmäßigkeit, zum Beispiel das Streben nach höchsten Profiten, das in seiner Folge immer wieder zu Krisen und Kriegen führt. Krisen, auf deren höchste Zuspitzung das Finanzkapital zu meist mit der Errichtung seiner offen faschistischen Terrorherrschaft antwortet.

Die Herren der Monopole und Banken halten nur so lange an der parlamentarischen Form ihrer kapitalistischen Herrschaft fest, wie ihre Profitinteressen nicht gefährdet sind. Streiks und erwachendes politisches Bewußtsein der Werktätigen lassen sie um ihre Interessen fürchten. Ihre Alternative zum Parlamentarismus aber heißt: Faschismus. Ihn vorzubereiten und in Kraft zu setzen, brauchen sie 1933 einen Hitler, brauchen sie heute einen Strauß.

„Es sind die reaktionärsten, aggressivsten Elemente des Finanzkapitals, die hinter Strauß stehen.“

Es ist schon interessant zu sehen, wie — von den oben genannten und anderen Besonderheiten abgesehen — sich die Interessenslagen und Zeitabläufe von vor 1933 und heute gleichen. Es war während der Weltwirtschaftskrise von 1929/33, als die auf Expansion bedachten deutschen Imperialisten, als sich das Monopolkapital und seine Handlanger in Staat und Gesellschaft ihres Hitlers zu bedienen begannen. „Ohne die Zusammenarbeit der Industrie und der Nazi-Partei hätten Hitler und seine Parteigenossen niemals die Macht in Deutschland ergreifen und festigen können“, erklärte 1947 der amerikanische Hauptankläger Taylor im Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozess.

Es sind die gleichen Kreise, die schon damals entscheidenden Anteil an der Zerstörung der Weimarer Republik hatten, die auch heute — angesichts der für die achtziger Jahre drohenden weltweiten Wirtschaftskrise — sich ihres Strauß' bedienen. Es sind die reaktionärsten, aggressivsten Elemente des Finanzkapitals, es ist die Rüstungsindustrie, der Panzerbauer Flick, die Elektronenspezialisten Siemens und AEG, die Flugzeughersteller Messerschmidt-Bölkow-Blohm, die hinter Strauß stehen. Systema-

tisch holte er die Rüstungsindustrie in die CSU: So wurde Gisbert Kley, Mitglied des Siemens-Vorstandes und des Präsidiums der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, wirtschaftspolitischer Sprecher der CSU; der persönlich haftende Gesellschafter der Friedrich Flick KG, Dr. Wolfgang Pohle, erhielt das Amt des Parteischatzmeisters und brachte gleich eine Millionenspende mit; nach Pohles Tod übernahm Karl-Heinz Spilker, Vorstand der Hoechst-Tochtergesellschaft Kalle-Chemie, dessen Amt.

Systematisch machte Strauß seine Partei zur Lobby der deutschen Industrie und sich selbst zum Sprecher der Wirtschaft. Auf seinen illustren Geburtstagsparties in seiner Villa in Rottach-Egern trifft sich die Creme der westdeutschen Wirtschaft wie Dr. Peter von Siemens (Siemens AG, 25 Prozent Blohm & Voss, Osram, Deutsche Grammophon, Siemens-Schuckert usw.), Dr. Herbert Quandt (BMW, Varta-Batterien, Daimler-Benz Mitgesellschafter usw.), Paul G. Hahnemann, BMW-Vorstandsvorsitzender, Dr. J. Zahn, Generaldirektor der Daimler-Benz AG, Konzernchef Axel Caesar Springer und viele andere hohe Gäste aus den Schlüsselpositionen der westdeutschen Kapitalistenverbände des BDI, BDA und des Arbeitskreises Wehrindustrieller.

Der Industrielle Otto A. Friedrich, früher Chef der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), setzte auf Strauß: „Seine Rede und Person sind eine große Hoffnung für uns“, und Bankier Josef Abs: „Strauß ist geeignet für fast jedes Amt.“ Er dankt es ihnen mit Sprüchen wie: „Es muß ein gesellschaftliches Klima geschaffen werden, das nicht dauernd Unternehmern und Kapitalgebern das baldige Ende ihrer Existenz ankündigt.“

Nun soll es nicht mehr bei Sprüchen bleiben. Wie es die Hoffnung der Krupp, Thyssen, Flick etc. war, daß Hitler nicht nur den gefährdeten Bestand ihrer Herrschaft, das Steigen ihrer Profite sichern, sondern auch ihr Streben nach Rohstoffen, Energiequellen, Absatzmärkten und Weltherrschaft unterstützen würde, dürfen wir auch heute nicht einfach annehmen, daß es der herrschenden Klasse, dem Finanzkapital lediglich um die Sicherung seiner Herrschaft geht, die es im Falle der Verschärfung der Krise gefährdet sieht. Die Flick, Siemens, AEG, Bölkow usw. unterliegen in ihrem Streben nach höchsten Profiten den gleichen Gesetzen wie ihre Vorgänger. So käme ihnen ein Krieg, sei es zur Sicherung des von ihnen benötigten Öls im vorderen Orient oder zur Verwirklichung ihrer revan-chistischen Ziele im Osten — natürlich nur im Rahmen der NATO, versteht sich — nicht ungelegen. Wer aber wäre hierfür besser geeignet, hätte größere Erfahrungen als der ehemalige Atom- und Kriegsmminister Strauß?

Zudem besitzt er die notwendige Skrupellosigkeit, es auf ein drittes Weltmorden ankommen zu lassen. Wer wie er in der Vorstellung lebt, daß „die vereinigte Stärke unserer Bundesgenossen ausreicht, um das Reich der Sowjetunion von der Landkarte zu streichen“, wer wie er einen Mann wie den Nobelpreisträger Otto Hahn, der mit anderen 18 Göttinger Professoren gegen die Straußsche Atomrüstung protestierte, als einen „alten Trottel“ bezeichnete, der „die Tränen nicht

halten und nachts nicht schlafen kann, wenn er an Hiroshima denkt“ — Beispiele, die sich beliebig ergänzen ließen — der geht über Leichen, der gleicht in seiner Mentalität den Größen des Dritten Reiches.

„Eine breite Front des revolutionären Widerstands gegen Strauß, gegen Reaktion und Faschismus schmieden.“

Anders als Hitler, der versuchte, durch eine entsprechende Demagogie wenigstens einen Teil der Arbeiterklasse auf seine Seite zu ziehen, um seine vorwiegend kleinbürgerliche Basis zu erweitern, der seine Partei „sozialistisch“ und „Arbeiter-Partei“ nannte, verzichtete Strauß bisher auf ein ähnliches Unterfangen (was sich allerdings schnell ändern kann). Demzufolge und durch seine unternehmerfreundliche und arbeiterfeindliche Haltung, durch sein reaktionäres Auftreten und seine zahlreichen Skandale ist er in der Arbeiterklasse höchst unbeliebt.

Was werden er und die ihm folgende CSU/CDU dagegen tun? Sie werden versuchen, die Folgen der weltweiten, sich verschärfenden Krise der Schmidt/Genscher-Regierung anzulasten. Erst an die Macht gelangt, wird ein Mann wie Strauß sie nicht wieder hergeben, wird er, den Befehlen seiner kapitalistischen Auftraggeber folgend, je nach Lage der Dinge, die Skala der faschistischen Machtergreifung vom Anfang bis zum bitteren Ende durchzuspielen versuchen. Und wieder, wie schon in der Zeit vor 1933, als sie durch ihre Losung — laßt den Hitler mal rankommen, er wird in kurzer Zeit abgewirt-

schaftet haben — den Hitler-Faschismus verharmlosten, ist es auch heute wieder die Sozialdemokratie, sind es die Revisionisten, die die Gefahr der Machtergreifung eines Strauß verharmlosen: Solange er sich an die demokratischen Spielregeln hält... Auch Hitler hielt sich an diese Regeln. Solange, bis er an der Macht war und das Parlament auseinanderjagte.

Verhindert ein neues 1933! Aber wie? Im Gegensatz zu vor 1933 fehlt uns eine große kommunistische Partei. Doch selbst ihr gelang es infolge des Verrats der sozialdemokratischen Führer und eigener Fehler nicht, die Machtergreifung der Faschisten zu verhindern. Wie soll uns dies heute gelingen? Indem wir aus den Fehlern der Vergangenheit lernen. Indem wir rechtzeitig, schon heute, uns auf die eigenen Kräfte stützend, eine breite Front des revolutionären Widerstandes gegen Strauß, gegen Reaktion und Faschismus schmieden. Auf die sozialdemokratischen und revisionistischen Führer ist da kein Verlaß. Im Gegenteil! Die ihnen von der Bourgeoisie zugedachte Rolle ist es, durch Abwiegelei und Verharmlosung dem Faschismus den Weg zu bereiten.

Auch wenn die Partei noch relativ klein ist, niemand wird uns aus der Verantwortung entlassen, die wir vor der deutschen Arbeiterklasse, den Werktätigen tragen. Auf jede Genossin, jeden Genossen kommt es an. Entfalten wir den Widerstand, organisieren wir die Front gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, für Wohlstand, Freiheit und Frieden. Festigen, stärken wir die Reihen der Partei. Sagen wir es allen, daß endgültig nur der Sozialismus, die Errichtung der proletarischen Diktatur Reaktion, Faschismus und Krieg zerschlagen kann.

Ernst Aust

Westdeutsche Tanker provozieren Zwischenfall vor Vietnam

Bonn kocht sein Süppchen am Flüchtlingselend

Längst hat sich die offizielle Bundesrepublik in das schmutzige Geschäft mit den Vietnamflüchtlings eingeschaltet. In der vorletzten Woche nun provozierten zwei westdeutsche Tanker einen militärischen Zwischenfall vor der vietnamesischen Küste.

Es handelt sich bei den Schiffen um die Tanker „Alexanderturm“ und „Nordtor“. Sie hatten versucht, ein Flüchtlingsschiff von einer Ölbohrplattform auf das offene Meer hinauszuschleppen. Dabei waren sie jedoch von vietnamesischen Kriegsschiffen durch Warnschüsse zur Aufgabe ihres Unternehmens gezwungen worden. Die Ölbohrplattform, die von dem westdeutschen Unternehmen Deminex betrieben wird, liegt in vietnamesischen Hoheitsgewässern. — Die Bundesregierung suchte den Vorfall sofort als einen aggressiven Akt Vietnams hinzustellen; die westdeutschen Medien entfachten eine wütende Hetzkampagne.

Tatsächlich aber stellte das Manöver der beiden Schiffe einen eklatanten Eingriff in die staatliche Souveränität Vietnams dar. Die Regierung Vietnams protestierte beim westdeutschen Botschafter mit einer entsprechenden Note. „Dieser Zwischenfall“, hieß es darin, „beweist, daß Ausländer Vietnamesen bei der illegalen Flucht helfen und sie dazu ermutigen.“

Nicht anders als andere westliche imperialistische Länder ermuntern die westdeutschen Behörden durch ihr Verhalten unzufriedene Vietnamesen, sich in das oft tödliche Abenteuer einer illegalen Flucht zu stürzen; sie suchen so die von internationaler und vietnamesischer Seite vorgetragene Versuche zu sabotieren, das Flüchtlingsproblem auf einer humanitären Grundlage zu lösen. Sie gebrauchen die Flüchtlinge, um an ihrer Not ihr anti-

kommunistisches Süppchen zu kochen, um sich eventuell sogar einen Vorwand für ein militärisches Eingreifen offenzuhalten.

In einer Erklärung gegenüber der Tageszeitung „Die Neue“ legte der vietnamesische Botschafter die Haltung der vietnamesischen Regierung zu dem Zwischenfall in den vietnamesischen Gewässern dar. In der Erklärung heißt es:

„Wie bekannt ist, erlaubt die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam (...) Personen, die wegen Familienzusammenführung oder wegen irgend anderer humanitärer Gründe ausreisen wollen, geregelte und gesicherte Ausreise im Rahmen der Durchführung der Vereinbarung mit der UN.“

Die Regierung der Sozialistischen Republik gestattet illegale Ausreise nicht, weil diese das Leben der Ausreisenden gefährdet und sowohl Vietnam als auch den Ankunftslandern Schwierigkeiten verursacht. Die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam widersetzt sich energisch den Ausländern bzw. den ausländischen Organisationen, die solchen illegalen Ausreisen Hilfe oder Ermunterung leisten. (...)

Die Rückführung der illegal ausreisenden Boote an die Küste dient dazu, weitere illegale Ausreisen zu verhindern. (...)

Die Botschaft der Sozialistischen Republik Vietnam weist alle unwahren Nachrichten sowie Verleumdungen im Zusammenhang mit den beiden obengenannten Schiffen energisch zurück.“

Aus dem Inhalt

Papierverarbeitende Industrie: Schluß mit der Diskriminierung der Frauen	4	Strauß: Ein weltanschaulich gefestigter Nationalsozialist	6
RAG macht vier Zechen dicht	4	Bonn verharmlost die Nazi-Verbrechen	7
RGO in Hamburger Hafenbetrieben greift in Tarifrunde 79/80 ein	4	Der nächste Bündnispartner des Proletariats	9
Forderung an DGB-Führung: Klare Verurteilung des Kundgebungsverbots	5	Albanienreportage: Wo ein Arbeiter soviel wie ein Minister verdient	10/11
Für das Verbot der Aussperung, gegen Reaktion und Faschismus	5	USA bekräftigen Kriegsdrohung	11
		III. Parteitag der KPP(W) abgeschlossen	11

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postcheckkonto Nr. 79 600 — 461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise: wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Auf dem „Nationalen Jugendtreffen“ der revisionistischen Freien Deutschen Jugend (FDJ) in Ostberlin verteilten Genossen der Sektion DDR der KPD/ML illegal eine Broschüre der Partei. Die Broschüre befaßt sich besonders mit den Problemen der Jugend im Honeckerstaat. Die Verteilungsaktion richtete sich gegen das FDJ-Festival, diese Propagandashow, mit der sich die Mauerstaat-Bonzen bei der zunehmend rebellischer werdenden Jugend anzubiedern gedachten.

Die Broschüre war, den illegalen Bedingungen entsprechend, raffiniert aufgemacht. Auf der Titelseite prangte neben dem offiziellen FDJ-Zeichen ein protziges „Aufgebot DDR 30“, und darunter das doppelstimmige Motto: „Mit revolutionären Taten für eine bessere Zukunft!“ — Erst

wenn man die Seite umschlug, wußte man, was man in der Hand hielt: eine Schrift der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten, Sektion DDR.

Die Broschüre enthält unter anderem Artikel über die Lage der Jugend in der DDR, über Lehrlings- und Stellenprobleme, über die Freizeit, über die Nationale Volksarmee (NVA) und über den sich in verschiedenen Formen äußernden Widerstand der Jugendlichen. Sie befaßt sich mit der Besatzungs- und Kriegspolitik der Kremherren, sie stellt klar, daß in der DDR kein „Sozialismus mit Schönheitsfehlern“, sondern ein „Kapitalismus neuer Machart“ herrscht und propagiert das Beispiel wirklich existierenden Sozialismus — die Sozialistische Volksrepublik Albanien.

Auf dieser Seite drucken wir einen Artikel dieser Broschüre — „Polizeistaat — Peitsche für die Jugend“ ab. In dem Jugendmagazin der Roten Garde (Westdeutschland), dem „Roten Rebell“, erscheinen ebenfalls ab der Juli-Nummer in loser Folge Artikel aus dieser Broschüre.



Polizeistaat — Peitsche für die Jugend

Aus einer illegalen Broschüre der KPD/ML, Sektion DDR

Wer hat als Jugendlicher nicht schon die Schikanen von Polizei, Staasi, Zoll oder Trapo zu spüren bekommen?

Auf der Tramp tour in den Harz fünfmal wegen Republikfluchtverdacht verhaftet, an der Grenze wegen langer Haare oder irgendwas angehalten. Bei Union Berlin oder Chemie Leipzig von den Bullen wie ein Schwerverbrecher behandelt, weil man ausgeflippte Jeans trägt, auf der Polizeiwache stundenlang verhört und — geschlagen. Wer kennt solche Geschichten nicht? Manch einer denkt noch, das seien Einzelfälle. Aber die Sache hat Methode. Einschüchterung der Jugendlichen ist das Ziel.

Jeder weiß, daß es in den letzten Jahren des öfteren schwere Zusammenstöße zwischen Polizei und Jugendlichen gegeben hat. Der 7. Oktober '77 auf dem Berliner Alex oder bei der Iga Erfurt im Mai '78 — das sind nur zwei Beispiele. Was dabei zum Vorschein kam, war die Unzufriedenheit vieler Jugendlicher in diesem Staat.

Die Brutalität von Bullen, Staasi und Armee bei diesen Zusammenstößen macht es jedem ganz deutlich: Wenn die Bevormundung und Verdummungspropaganda in Schule und Lehre und der Drill bei der Armee nicht mehr ausreichen, um die Jugendlichen zum Schweigen zu bringen, dann ergänzen Gewaltmethoden das System zur Unterdrückung der Jugend: Prügeleinsätze mit Gummiknüppel und Hundestaffeln, Ausweisung von unbequemen Jugendlichen aus Großstädten, Einsatz von Teleobjektivkameras zur Bespitzelung. Ist es da nicht vollkommen berechtigt, daß viele Jugendliche

che einen Haß auf die Bullen haben?

Zu den Unterdrückungsmethoden gehören ebenso die Bespitzelung durch die Staasi, der oft genug auch schon Jugendliche ausgesetzt sind, Terrorurteile gegen Jugendliche und die brutalen Schikanen im Srafvollzug.

Ein Fall:
Jürgen war bei den Kumpels in weitem Umkreis bekannt und beliebt. Er war mehrfach dabei, wenn sich Jugendliche gegen den Bullenterror zur Wehr setzten, ohne sich aber groß zu beteiligen. Dennoch landete sein Foto in einer Kartei der Staasi. Eines Tages kreuzten einige Herren bei ihm auf. Ob er nicht mit ihnen zusammenarbeiten wolle, er kenne sich doch aus in jugendlichen Kreisen und könne bestimmte Informationen liefern. Und über sein Wohnungsproblem ließe sich reden...Jürgen hatte genug Charakter, um abzulehnen — garantiert kein Einzelfall.

Nach Zusammenstößen zwischen Polizei und Jugendlichen hagelt es jedesmal in Schnellprozessen hohe Gefängnisstrafen für Jugendliche, die sich gegen das brutale Vorgehen der Bullen gewehrt haben, die ihren berechtigten Haß auf den Staat und die Bonzen demonstrieren haben. Für eine Prügelei mit einem „Grünen“ drei Jahre Knast — das zeigt doch schon ganz deutlich, worum es sich hier handelt. Die SED-Bonzen wollen jedes Aufbegehren der Jugend im Keim ersticken. Dazu haben sie mit ihren Paragraphen des Strafgesetzbuches für das Volk juristische

Fesseln geschaffen, die gerade auch für die Jugend bestimmt sind. Da gibt es zum Beispiel einen Paragraphen, der es dir verleidet, die Wahrheit zu sagen und eine Meinung offen zu vertreten, die den Bonzen nicht in den Kram paßt.

Der Paragraph 220 StGB, „Staatsverleumdung“:
„(1) Wer in der Öffentlichkeit

1. Die staatliche Ordnung oder staatliche Organe, Einrichtungen oder gesellschaftliche Organisationen oder deren Tätigkeit oder Maßnahmen;
2. einen Bürger wegen seiner staatlichen oder gesellschaftlichen Tätigkeit, wegen seiner Zugehörigkeit zu einem staatlichen oder gesellschaftlichen Organ oder einer gesellschaftlichen Organisation verächtlich macht oder verleumdet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Verurteilung auf Bewährung, Haftstrafe, Geldstrafe oder öffentlichem Tadel bestraft.“

Wie bei uns gang und gäbe, ist auch dieser Paragraph dehnbar wie Kaugummi. Um es kraß zu sagen: Er hält im Prinzip die Möglichkeit offen, dich für ein Gespräch in der Kneipe einzulochen, bei dem du dich mit deinen Kumpels unterhalten hast, was bei uns hier gespielt wird. Derartige Beispiele gab es.

Unter dem Vorwand der „Gefährdung der öffentlichen Ordnung“ und des „Widerstandes gegen die Staatsgewalt“ werden immer wieder Jugendliche hart bestraft. Was sich hinter diesen gefährlich klin-

genden Bezeichnungen verbirgt, ist oft ein völlig gerechtes Vorgehen von Jugendlichen. Du bist unter irgendeinem nichtigen Vorwand auf die Wache geschleppt worden und wirst schikaniert und geschlagen, ohne vorher im mindesten irgendwie tätlich geworden zu sein. Schlägst du zurück, kannst du Pech haben und aufgrund des Paragraphen 212 („Widerstand gegen die Staatsgewalt“) verknackt werden. Denn die Aussage eines Polizisten zählt immer mehr als deine.

Auch Jugendliche, die mal auf die falsche Bahn geraten sind, werden oft ungerecht und brutal vom Staat behandelt. Zum Beispiel sieht das Gesetz enorm hohe Strafen für Fälle von „Rowdytum“ vor, die erst vor einigen Jahren erhöht worden sind. Wer heute als „Rowdy“ angeklagt wird, kann bis zu fünf Jahre Gefängnis bekommen. Und dabei gibt es in der Praxis oft schon bei Bagatelldfällen hohe Strafen.

Im Prinzip hält das Gesetz die Möglichkeit offen, dich für jede Prügelei einzusperren.

Das sind nur einige Beispiele, die klar und deutlich zeigen, wie die Bonzen ihren Staat einsetzen, um die Jugend zu unterdrücken. Es sind längst nicht alle. Gerade als Jugendlicher fällt es dir besonders auf, daß die Bonzen uns wie in einem Gefängnis eingesperrt haben. Denn für dich wie für alle Werktätigen sind auf der Landkarte einige Himmelsrichtungen ausgespart.

Zur Erklärung:
Staasi = Staatssicherheitsdienst/
Geheimpolizei der DDR;
Trapo = Transportpolizei;
Iga = Internationale Gartenbauausstellung.

Strafgesetverschärfung in der DDR

Acht Jahre für „staatsfeindliche Hetze“

Gesetz gegen den Klassenkampf

Die von der Volkskammer der DDR Ende Juni beschlossene Verschärfung der Strafgesetze wurde in den westlichen Medien breit kommentiert: als Maßnahmen ausschließlich gegen „Dissidenten“, oppositionelle Schriftsteller und westliche Journalisten. Was die westlichen Medien jedoch verschwiegen: Die Strafgesetverschärfung richtet sich direkt gegen die Werktätigen und ihre Kämpfe; sie bedeutet eine Erschwerung der Arbeit der illegalen Sektion DDR der KPD/ML.

Der Zusammenhang wird klar, wenn man weiß, um welche Paragraphen es sich handelt: Da ist zum Beispiel der Paragraph 99 („Landesverräterische Nachrichtenübermittlung“), der Paragraph 106 („Staatsfeindliche Hetze“), der Paragraph 219 („Verbindungsaufnahme zu Organisationen, Einrichtungen oder Personen, die sich eine gegen die staatliche Ordnung der DDR gerichtete Tätigkeit zum Ziel setzen“) oder der Paragraph 220 („Verächtlichmachung und Verleumdung des Staates“).

Natürlich muß die KPD/ML, deren Ziel das vereinte, unabhängige und sozialistische Deutschland ist, in der DDR gegen die revisionistische staatliche Ordnung tätig werden; gegen die Ordnung der Bürokraten und Bonzen, gegen die Ordnung des Schießbefehls und der sowjetischen Besatzungstruppen. Natürlich macht die KPD/ML, indem sie die kapitalistische Wirklichkeit in der DDR — die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter — aufzeigt und anprangert, diesen Staat zwangsläufig „verächtlich“. Und natürlich ist die Tatsache, daß die KPD/ML in beiden deutschen Staaten arbeitet, für die DDR-Führung „Landesverrat“, „unerlaubte Beziehung zum Ausland“ etc. Denn die DDR-Führung hat die nationale Einheit verraten und den Westen Deutschlands zum „Ausland“ erklärt.

Die Verschärfung der Strafgesetze selbst besteht vor allem in einer Erhöhung des vorgesehenen Strafmaßes. So sieht der Paragraph 219 nun fünf — statt bisher drei — Jahre Gefängnis vor, der Paragraph 99 zwölf statt bisher zehn und der Paragraph 106 acht statt bisher fünf Jahre. Die DDR-Führung will die Werktätigen von revolutionärer Tätigkeit, vor allem von der „Verbindungsaufnahme“ mit revolutionären Organisationen abschrecken. Sie dokumentiert damit ihre Angst vor der weiteren Ausbreitung der im Untergrund arbeitenden Sektion DDR der KPD/ML.

Zum zweiten wurde die Verschärfung der Gesetze durch eine entsprechende Erweiterung der Bestimmungen erreicht. Betrachten wir als Beispiel den Paragraphen 219, dem drei Absätze hinzugefügt wurden. Nach diesem Paragraphen

wurde bisher nur bestraft, „wer zu Organisationen, Einrichtungen oder Personen, die sich eine gegen die staatliche Ordnung der DDR gerichtete Tätigkeit zum Ziel setzen, in Kenntnis ihrer Ziele oder Tätigkeiten in Verbindung tritt“. Nun wird „ebenso“ — nämlich mit fünf Jahren Gefängnis — „bestraft, wer als Bürger der DDR Nachrichten, die geeignet sind, den Interessen der DDR zu schaden, im Ausland verbreitet oder verbreiten läßt oder zu diesem Zweck Aufzeichnungen herstellt oder herstellen läßt.“

Ein zweiter neuer Absatz bezieht sich auf die Übergabe von „Schriften, Manuskripten und anderen Materialien“ an Organisationen oder Personen im Ausland.

Diese neuen Bestimmungen treffen nicht nur oppositionelle Schriftsteller, die einen Roman oder Aufsatz in Westdeutschland veröffentlichen. Sie treffen auch den Korrespondenten, der aus der DDR dem „Roten Morgen“ einen Artikel zuschickt. Sie treffen den illegalen DDR-Genossen, der sich auf einem Treff mit seinem westdeutschen Genossen bespricht. Sie betreffen den Werktätigen, der seinen Verwandten aus dem Westen Kritisches über die Verhältnisse in der DDR mitteilt.

Direkt gegen die revolutionäre Propaganda der KPD/ML — Flugblätter, Maueraufschriften, Aufkleber — in der DDR anwendbar ist auch die erste der beiden neuen Bestimmungen im Paragraphen 220. Diese Bestimmung droht demjenigen drei Jahre Gefängnis an, der „Schriften, Gegenstände oder Symbole, die geeignet sind, die staatliche Ordnung zu beeinträchtigen, das sozialistische Zusammenleben zu stören oder die staatliche oder gesellschaftliche Ordnung verächtlich zu machen, verbreitet oder in sonstiger Weise anderen zugänglich macht.“

Die Verschärfung der Strafgesetze in der DDR kommt nicht von ungefähr. Die revisionistische Führung der DDR bereitet sich auf kommende Auseinandersetzungen vor, verschafft sich die entsprechenden gesetzlichen Handhaben. Ob sie jedoch damit den gewünschten Erfolg erzielen wird, das steht auf einem anderen Blatt...

Preiserhöhungen in der Sowjetunion

Nicht anders als in der westlichen Welt schlägt sich auch in der kapitalistisch-revisionistischen Sowjetunion die sich verschärfende Krise in Preiserhöhungen nieder. Zum 1. Juli wurden die Preise für Juwelen, Pelze, Gold, Autos, Teppiche, Möbel, Bier und Restaurant- und Café-Besuche erhöht. Die Preise für Autos stiegen zum Beispiel um 18, die für Importmöbel um 30 und die für Möbel sowjetischer Fertigung um 10 Prozent.

Mit ihren jüngsten Beschlüssen setzt die sowjetische Führung die Serie der Preiserhöhungen fort. 1977 waren die Taxitarife, Inlandsflüge und -schiffsreisen, Zeitschriftenabonnements, Schokolade und Konditoreierzeugnisse verteuert worden. 1978 waren die Benzinpreise verdoppelt, der Kaffeepreis verdreifacht und die Preise für Autoersatzteile und -reparaturen um 35 Prozent angehoben worden.

Lohnstruktur papierverarbeitende Industrie

Schluß mit der Diskriminierung der Frauen!

Am 26. Juni begannen Tarifverhandlungen über die neue Lohnstruktur in der Papierverarbeitung. Die Betriebszeitung unserer Partei für die Bielefelder Druckbetriebe, „Rotdruck“, beschäftigt sich in ihrer Juni-Ausgabe mit diesem Thema. „Rotdruck“ zeigt unter anderem auf, daß der Unternehmerentwurf für eine neue Lohnstruktur praktisch auf einen Lohnabbau hinausläuft.

Eine neue Lohnstruktur ist, so unterstreicht „Rotdruck“, dringend notwendig, denn:

- Nach der alten Lohnstruktur werden Frauen und Hilfsarbeiter benachteiligt (fast 90 Prozent der Frauen in der Papierverarbeitung sind in die untersten drei Lohngruppen eingestuft).
- Infolge von Rationalisierung und steigender Arbeitshetze werden die Belastungen, psychische und physische, für die Arbeiterinnen und Arbeiter immer schärfer.
- Die Lohnerhöhungen haben in der letzten Zeit die Preissteigerungen nicht einmal aufgefangen. Am empfindlichsten sind davon die unteren Lohngruppen betroffen. Auf der anderen Seite hat sich die Produktion pro Arbeiter in den letzten fünf

Jahren mehr als verdoppelt. Die Gewinne der Kapitalisten sind enorm gestiegen.

Die Forderungen der IG Druck und Papier für eine neue Lohnstruktur lauten:

- Mehr Durchlässigkeit in höheren Lohngruppen;
- Wegfall der Eingruppierungsbarrieren für Frauen;
- Berücksichtigung der nervlichen und körperlichen Belastung innerhalb der Lohngruppen;
- Berücksichtigung von Anforderungen, die sich an Können oder Verantwortung aus arbeitsorganisatorischer oder technischer Rationalisierung ergeben;
- Wegfall der niedrigsten Lohngruppe;
- Gleichbehandlung von Fachtätigkeiten innerhalb der beiden obersten

Lohngruppen (dies gilt auch für die Tätigkeit der Maschinenführer).

Die Genossen vom „Rotdruck“ schlagen vor, zusätzlich zu fordern, daß niemand aufgrund seines Geschlechts benachteiligt werden darf. Denn die Abschaffung der Diskriminierung der Frauen bei der Eingruppierung beseitigt nicht die Möglichkeit ungleicher Bezahlung innerhalb der gleichen Lohngruppe.

Was bringt der Unternehmerentwurf?

Sechs Jahre lang haben die Unternehmer sich überhaupt geweigert, über eine neue Lohnstruktur zu verhandeln. Dann hatten sie verkündet, eine neue Lohnstruktur müsse „kostenneutral“ sein. (Das sollte wohl ein Witz sein! Die Arbeiter wollen ja schließlich eine Verbesserung ihrer Lage!) Was die Unternehmer aber jetzt

als Vorschlag auf den Tisch legten, läuft auf einen faktischen Lohnabbau hinaus! Wie in „Rotdruck“ erläutert wird, bedeutet der Unternehmerentwurf, daß:

- die Frauen in die zwei niedrigsten Lohngruppen abgestuft werden (zwischen 4,72 DM und 6,63 DM pro Stunde).
- Hilfsarbeiter der Lohngruppen IV bis II befürchten müssen, daß sie abgestuft werden.
- es für Facharbeiter schwieriger wird, in die Lohngruppe Ia hineinzukommen.
- Die Zuschläge für besondere Belastungen nur jämmerliche 8 bis 36 Pfennige betragen sollen.

Dieser Entwurf würde für viele Kollegen zu einer Abgruppierung führen. In „Rotdruck“ heißt es dann weiter:

„In den Gremien der IG Druck und Papier gibt es Auffassungen wie: dieses Angebot sei wenigstens ein Ansatzpunkt zum Verhandeln. Wir dagegen sagen: Über Lohnsenkungen kann nicht verhandelt werden! Diese Provokation muß zurückgewiesen werden! Wir halten an unseren Forderungen fest. Und wenn die Unternehmer nicht bereit sind, unseren Forderungen nachzugeben, dann werden wir ihnen mit Aktionen Nachdruck verleihen.“

Rahmen- und Eingruppierungsverträge in den Seehäfen

Diskussionsvorschlag der RGO

RGO in Hamburger Hafenbetrieben greift in Tarifrunde 79/80 ein

Zum 31.12.79 läuft für die Hafenarbeiter der Seehafenbetriebe nicht nur der Lohnvertrag aus, sondern auch die Rahmenverträge sowie der Eingruppierungsvertrag. Die Revolutionäre Gewerkschafts-Opinion in den Hamburger Hafenbetrieben hat kürzlich den Belegschaften einen Diskussionsvorschlag für den Rahmentarif- und den Eingruppierungsvertrag unterbreitet, den wir im folgenden wiedergeben.

1. Zum Rahmentarifvertrag

- 6 Wochen Urlaub für alle Arbeiter und Angestellte. Staffelung der Urlaubstage alleine nach dem Lebensalter. Für die Hafeneinzelbetriebe: Weg mit der Sperrfrist von 3 Jahren Betriebszugehörigkeit.
- Urlaubsentgelt: Neben dem Lohn bzw. Gehalt 60% der Lohngruppe 04 (bei der HHLA). Für die Hafeneinzelbetriebe: 60% der Lohngruppe VI.
- Zusätzliches Urlaubsgeld in Höhe von DM 400.
- Zusatzurlaub für Arbeitnehmer über 50 Jahre.
- Schiff-Fertigmachen nur noch 2 Stunden.
- Verpflichtung zur Vorbereitungsarbeit (Frühstunden) entfällt.
- Der Fahrtkostenzuschuß soll der jeweiligen Monatskarte für 6 Tarifzonen des HVV entsprechen.
- Die Jahreszuwendung hat nach einem Jahr Betriebszugehörigkeit 173 Stundengrundlöhne bzw. ein Monatsgehalt zu betragen.
- Für jede Schicht ist ein Essengeld in Höhe von 4 DM zu zahlen.
- Die Jubiläumsprämien sollen bei:
15 Jahren — 1 Monatslohn
25 Jahren — 2 Monatslöhne
40 Jahren — 3 Monatslöhne der Lohngruppe 04 (bzw. VI) betragen.

Wichtige Forderungen einfach „vergessen“?

Unter den Kollegen aller Betriebe in der BRD, unter den Mitgliedern aller Gewerkschaften läuft die Diskussion, wie wir uns gegen die zunehmende Rationalisierung und Arbeitshetze der Kapitalisten zur Wehr setzen können. Der Kampf ist voll entbrannt. Die Stahlarbeiter streiken für die 35-Stunden-Woche 6 Wochen lang. Im Vorschlag des ÖTV-Vorstandes kein Wort mehr davon. Außer der Verkürzung der Jahresar-

beitszeit. Wir brauchen ein Rationalisierungsschutz-Abkommen.

Wir müssen uns jetzt dagegen wehren, daß mit immer weniger Beschäftigten immer mehr Leistung gefordert wird, während auf der anderen Seite die Zahl der Arbeitslosen weiter steigen wird, weil die Unternehmer rigoros Arbeitsplätze wegrationalisieren. Die grundlegenden Forderungen dafür sind:

- Als Einstieg in die 35-Stunden-Woche: Samstag frei! 37,5-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!
- Abschaffung der III. Schicht!
- 2. Schicht höchstens alle 5 Wochen!
- Festlegung von Mindest-Gangstärken! (Dazu wäre ein Katalog zwischen den Tarifvertragsparteien zu erarbeiten. Genaue Einzelheiten können Betriebsvereinbarungen regeln.)
- Festlegung von Ablösem! (Einzelheiten wie bei Mindest-Gangstärken)
- Herabsetzung des Rentenalters für die bekannt schwere Hafenarbeit auf 60 Jahre!
- Zum verbesserten Kündigungsschutz: Lohn- und Gehaltsempfänger, deren Dienstzeit plus ihr Lebensalter die Zahl 60 erreicht, sind nur noch bei größter Verletzung ihres Arbeitsvertrages fristlos kündbar. Dies gilt für Beendigungskündigungen und für Änderungskündigungen.

Weitere Forderungen, die nicht direkt in diesen Zusammenhang passen, sind wichtig:

- Volle Bezahlung der monatlichen Kontoführungs- und Kontogrundgebühren
- Mindestens 2 Überstunden im Monat für das Geldabholen!
- Laufzeit des Rahmentarifvertrages: Höchstens 2 Jahre!

2. Zum Eingruppierungsvertrag

Wir halten den Vorschlag des ÖTV-Vorstandes, den Eingruppierungsvertrag nicht zum 31.12.79 zu kündigen, für unannehmbar. Das Argument, daß andere Sachen vorrangig sind, zieht nicht in diesem Zusammenhang. Daß die Hafenunternehmer versuchen

werden, Rahmentarifforderungen gegen Forderungen zur Verbesserung der Eingruppierung und zum Lohn gegeneinander auszuspielen, ist klar. Es liegt nur an uns, ob wir das mit uns geschehen lassen.

Unserer Meinung nach die wichtigsten Forderungen:

- Kranführer müssen höher bezahlt werden! (Bei der HHLA in die Lohngruppe 08).
- Weniger Lohngruppen.
- Bestimmte Funktionen müssen klar eingegliedert werden (zum Beispiel Rahmenstaplerfahrer, Busfahrer mit Personenbeförderung).

Mammut-Expansionsprogramm

Am Mittwochabend auf der Hauptversammlung der Volkswagen AG ließ Vorstandsvorsitzender Schmücker die Katze aus dem Sack. Auf fast neun Milliarden Mark beläuft sich der Investitionsplan des Autokonzerns bis Ende 1981. Eine atemberaubende Summe! Ein solches Expansionsprogramm ist in der deutschen Automobilindustrie bislang ohne Beispiel.

Den größten Teil dieser ungeheuren Summe wird VW im Inland investieren, und zwar sowohl zur — wie Schmücker und Co. selbst erklärten — „weiteren Rationalisierung“ als auch zur Ausweitung der Produktionskapazitäten. Unter anderem soll im Werk Salzgitter, wo bisher die Motorenfertigung konzentriert ist, auch eine komplette Fahrzeugproduktion geschaffen werden.

Zweiter Schwerpunkt der VW-Expansion sind die USA, wo derzeit 700 Fahrzeuge pro Tag die VW-Bänder verlassen. Hier soll ein zweites Montagewerk entstehen. In absehbarer Zeit soll hier die Produktion

auf über eine halbe Million Fahrzeuge jährlich gesteigert, d.h. mehr als verdoppelt werden.

Sogar die bürgerliche Presse fragt sich, ob die Mammut-Expansion der VW-Kapitalisten nicht „eine abenteuerliche Flucht nach vorn“ ist (Handelsblatt) und ob der Konzern nicht „den sich abzeichnenden Überkapazitäten in Europa noch weitere hinzufügt“ (Frankfurter Rundschau). Sicher — mit seinem Programm von Klein- und Mittelklassewagen mit verhältnismäßig niedrigem Benzinverbrauch hat VW momentan günstige Absatzmöglichkeiten. Das ändert jedoch nichts

an der Tatsache, daß das Neun-Milliarden-Ding ein kapitaler Beitrag für die bereits am Horizont sich abzeichnende schwere Rezession in der Automobilindustrie ist.

Schon folgende Zahlen sind dafür Beweis genug: Voraussichtlich werden in Europa in diesem Jahr 11 Millionen PKWs und Kombis verkauft. Allein infolge der Ausbauprojekte von General Motors (Opel), Ford und den deutschen Autoherstellern wächst die Gesamtkapazität in Europa innerhalb der kommenden zwei bis drei Jahre auf 14 bis 15 Millionen Einheiten. Hinzu kommt, daß natürlich die anderen europäischen Automobilkonzerne, wie Fiat, Renault usw., nicht stillhalten und zusehen, wie die Konkurrenz ihnen die Marktanteile streitig macht. Und nicht zuletzt die Japaner werden ebenfalls verstärkt expandieren.

Milliarden an Profiten haben die VW-Kapitalisten Jahr für Jahr aus den Arbeitern herausgepreßt. Diese enormen Werte bilden jetzt die „Kriegskasse“ des Konzerns. Sehen die Herren der Autokonzerne, die jetzt samt und sonders „mit ihren Investitionen in die Vollen gehen“ (Handelsblatt) nicht, daß sie auf eine schwere Überproduktionskrise zusteuern?

Natürlich sehen sie das. Gerade deshalb expandieren sie jetzt verschärft und treiben gleichzeitig die Rationalisierung voran. Motto: möglichst die Konkurrenten aus dem Feld schlagen. Sie verschärfen somit bewußt die zerstörerische Sprengkraft der kommenden Krise. Dazu treibt sie die Gier nach höchstem Profit. Die Zeche muß dann ja ohnedies der Arbeiter bezahlen.

vernichtet. Die Ausplünderung der Ölvorkommen des Nahen Ostens war für die Monopole profitabler als der Abbau der heimischen Kohle. Jetzt erzählen uns die Herren, nur durch den Ausbau der Kernenergie sei zu verhindern, daß die Energiekrise uns überrollt.

RAG macht 4 Zechen dicht

Düsseldorf. In diesem Jahr fallen dem Rationalisierungs-feldzug der Ruhrkohle AG wieder vier Zechen im Ruhrrevier zum Opfer — es sei denn, die Kumpels machen den RAG-Herren noch einen Strich durch die Rechnung. Am vergangenen Wochenende bereits ist auf den Zechen „Waltrop“ und „Ibbenbüren-Westfeld“ die letzte Schicht verfahren worden. Allein die Stilllegung von „Waltrop“ kostet die kleine Industriestadt Waltrop (Kreis Recklinghausen) 1700 Arbeitsplätze. Desweiteren soll die Schachtanlage „Zollverein 1/9“ in Essen zum 30. November und die Zeche „Viktoria 3/4“ in Dortmund zum Ende dieses Jahres stillgelegt werden. Das Rationalisierungsprogramm der Ruhrkohle AG sieht vor, die gesamte Steinkohlenförderung auf einige wenige Großanlagen

zu konzentrieren. Es ist ausschließlich die Profitgier der RAG-Kapitalisten, der dieses Zechensterben dient. Gab es 1956 noch 173 fördernde

Schachtanlagen, so waren es Ende letzten Jahres nur noch 42. Fast 400 000 Arbeitsplätze wurden damit im Steinkohlenbergbau der Bundesrepublik





Serie • Teil 8

Im November 1890 wurden in Hamburg und Umgebung 5 000 Tabakarbeiter ausgesperrt. Sie sollten gezwungen werden, alle aus ihrer Gewerkschaft auszutreten. Sie weigerten sich jedoch solidarisch.

Sicher, das ist lange her. Und gegenwärtig würde es kein Unternehmerverband wagen, eine solche Forderung zu stellen. Dennoch wurde die Aussperrung in den tariflichen Auseinandersetzungen der letzten Jahre nicht nur angewendet zur unmittelbaren Durchsetzung der Profitinteressen der Unternehmer. Die Aussperrung war gleichzeitig ein politischer Angriff gegen die Arbeiterklasse.



2. Mai 1935: Die SA besetzt die Gewerkschaftshäuser (Bild: in Berlin). Soweit darf es nie wieder kommen!

Aussperrungsterror zielt auf ein neues '33

Gegen Reaktion und Faschismus — für das Verbot der Aussperrung

Auch heute ist die Aussperrung gegen die gewerkschaftlichen Rechte der Arbeiter und gegen das Streikrecht gerichtet. Sie wird von den Kapitalisten gezielt als brutales Machtinstrument eingesetzt. Das zeigt sich an der verstärkten Rolle, die die Unternehmerverbände dabei spielen. Es ist heute nicht mehr in erster Linie der einzelne Kapitalist oder eine kleine Gruppe von Kapitalisten, die aussperrt. Es sind in immer größerem Maße ganze Unternehmerverbände, die auf breiter Front gegen die Arbeiter vorgehen.

Waren in den Jahren von 1949 bis 1958 noch 57,7 Prozent aller durch Aussperrung entstandenen Ausfalltage durch Einzel- und Flächenaussperrungen zustande gekommen (das heißt, ausgesperrt wurde von einzelnen Kapitalisten oder kleinen Gruppen), so waren es im Zeitraum von 1969 bis 1976 nur noch 0,4 Prozent. Die restlichen 99,6 Prozent kamen durch Verbandsaussperrungen zustande.

Druckunternehmer wollten „Friedensabkommen“ erzwingen

Besonders Unternehmerboß Hanns Martin Schleyer hat sich „unsterbliche Verdienste“ erworben, als er 1963 in Baden-Württemberg die Aussperrung von 300 000 Metallarbeitern in über 600 Betrieben organisierte. Durch diesen brutalen Akt erreichten die Metallkapitalisten, daß das Tarifergebnis zweier Tarifbezirke faktisch auf die anderen Bezirke und Branchen übertragen wurde. Ein Effekt, der auch heute noch in der „Signalwirkung“ zu spüren ist, die den Ergebnissen in einzelnen Tarifbezirken zugeschrieben wird.

Auch die Druckkapitalisten zeigten deutlich, daß sie mit den bundesweiten Aussperrungen von 1976 und 1978 mehr erreichen wollten, als in einem Streik die Kampfkraft der Arbeiter zu brechen. Als sie meinten, die Kampfkraft der Drucker und Setzer genügend geschwächt zu haben, machten die Druckkapitalisten der IG Druck und Papier das unverschämte Angebot, ein „Friedensabkommen“ zu unterzeichnen, das heißt die Druckergewerkschaft sollte sich

verpflichten, künftig überhaupt auf Streiks zu verzichten!

Der Aussperrungsterror des letzten Jahres im Druck-, Metall-, Eisen- und Stahlbereich hat ein bisher in der Bundesrepublik nicht dagewesenes Ausmaß erreicht. Daß diese Aussperrungswelle im Zusammenhang mit einem Großangriff auf die Gewerkschaften als der größten Massenorganisation der Arbeiter steht, machen auch die Ereignisse der letzten Woche deutlich.

Gewerkschaften Marke Strauß: Streikbrecherorganisation

Da verbietet der CDU-Oberbürgermeister Wallmann in Frankfurt die Großkundgebung des DGB gegen das geplante Deutschlandtreffen der NPD. Panzerwagen, Wasserwerfer, Tausende von Polizisten und Grenzschildern werden aufgebaut, um dem ersten Verbot einer gewerkschaftlichen Demonstration seit der Nazi-Zeit Wirkung zu verleihen. Gewerkschaftlern soll es also verboten sein, gegen das zunehmend offene und freche Auftreten dieser neonazistischen Banden zu protestieren! Wo doch gerade die Arbeiterklasse unter der Nazi-Diktatur am schwersten zu leiden hatte, wo gerade die gewerkschaftliche Betätigung blutig unterdrückt wurde! Das stellte eine kaum zu überbietende Provokation für alle gewerkschaftlich organisierten Kollegen dar!

Da werden Pläne der CSU bekannt, die Gewerkschaften zu spalten. Als eine Möglichkeit wird ins Auge gefaßt, CSU-eigene Gewerkschaften zu gründen.

All das geschieht zur gleichen Zeit, da es dem Vorsitzenden der Strauß gelungen ist, als Kanzlerkandidat der CDU/CSU für die Bundestagswahl 1980 aufgestellt zu werden, und er sich anschickt, seine bekannten erreaktionären und faschistischen Ansichten Wirklichkeit werden zu lassen. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, wo eine „Gewerkschaft“ Marke Strauß angesiedelt wäre: irgendwo zwischen gelben Streikbrechergewerkschaften und einer faschistischen Arbeitsfront.

Die einheitliche gewerk-

schaftliche Organisation von mehr als 7 Millionen Arbeitern und Angestellten ist für die Kapitalisten ein Hindernis. Wenn Strauß und Co. nun planen, sie zu zerstören, so wirft das ein Licht auf die Stoßrichtung der Aussperrungen der vergangenen Jahre...

Diese Angriffe gegen die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter reißen sich in den verstärkten Abbau der demokratischen Rechte der letzten Jahre in der Bundesrepublik ein: Berufsverbote, Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates, verstärktes Auftreten von alten und neuen Nazis in der Öffentlichkeit usw.

Stahlarbeiteraussperrung im Jahre 1928 — am Ende stand Hitlers Machtergreifung

Unter solchen „gesellschaftlichen Rahmenbedingungen“ — so bedeuten uns einige DGB-Führer — sei heute der Kampf für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung leider „unmöglich“. Aber ist das nicht eine glatte Kapitulation gegenüber dem Vormarsch von Reaktion und Faschismus? Sicher, in der Bonner Politik stehen die Weichen heute nicht in Richtung sozialer Fortschritt. Das aber kann und darf nicht heißen, daß deshalb der Kampf für so eine wichtige Forderung wie das gesetzliche Verbot der Aussperrung zurückgestellt wird! Im Gegenteil! Der Kampf gegen die Aussperrung ist ein politischer Kampf und muß auch als politischer Kampf geführt werden.

Wollen die DGB-Führer ihn heute nicht führen, so kann das nur bedeuten, daß sie ihn überhaupt nicht führen wollen. Denn woher sollte wohl eine Änderung der politischen Rahmenbedingungen kommen, wenn die Arbeiterklasse vor der Reaktion die Segel streicht?

Der Aussperrungsterror der letzten Zeit trifft nicht zufällig mit der in allen gesellschaftlichen Bereichen erkennbaren Faschisierung zusammen. Er gehört direkt mit dazu. Gerade die Aussperrung zeigt am deutlichsten die Stoßrichtung der Faschisierung: Terror gegen die breite Masse der Werktätigen, Entrechtung der Arbeiterklasse, Zerstörung ihrer Organisatio-

nen. Auf den Kampf gegen die Aussperrung zu verzichten, bedeutet, dem weiteren Erstarken von Reaktion und Faschismus Tür und Tor zu öffnen.

1928 weigerten sich die ADGB-Führer „aus politischer Rücksichtnahme“, dem Aussperrungsterror der Eisen- und Stahlkapitalisten mit dem Aufbau einer Streikfront zu begegnen. Am 1. Mai 1933 verzichteten sie (im Hinblick auf die „gesellschaftlichen Rahmenbedingungen“) auf eigene Maidemonstrationen. Sie schämten sich nicht einmal, zu dem von den Nazis organisierten „Tag der nationalen Arbeit“ aufzurufen. Es wurde ihnen von den Nazis nicht gedankt. Am 2. Mai besetzten Nazi-Banden die Gewerkschaftshäuser, verhafteten Funktionäre und beschlagnahmten die Gelder.

Die Gewerkschaften wurden zerschlagen. Ein neues '33 darf es nicht geben. Die Forderung nach dem gesetzlichen Verbot der Aussperrung kann dazu helfen, eine machtvollere und breite Kampffront der Arbeiterklasse gegen die faschistische Gefahr zu schmieden.

GEW-Demonstration in Bremen

Geduld der Lehrer bald zu Ende

Seit Monaten warten die Lehrer darauf, daß seitens der Länderregierungen endlich auf ihre Forderung nach Arbeitszeitverkürzung eingegangen wird. Denn insbesondere an den Real- und Hauptschulen muß ein Lehrer, der seine Tätigkeit verantwortungsbewußt ausüben will, erheblich länger als 40 Stunden in der Woche arbeiten, selbst wenn man die längere Urlaubszeit vorher abzieht.

Auf der anderen Seite sind inzwischen bereits 15 000 Lehrer in der Bundesrepublik arbeitslos. Im Interesse sowohl der Lehrer als auch der Schüler muß deshalb die Arbeitszeit der Lehrer verkürzt und müssen gleichzeitig die Schulklassen verkleinert werden. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, daß alle Studienreferendare und arbeitslosen Lehrer in den Schuldienst übernommen werden.

In den vergangenen Wochen kam es mehrfach zu Demon-

Omnibusunternehmer verweigern Bezahlung tariflich vereinbarter Zulagen

Münchner Busfahrer im Streik

Bundeswehrsoldaten als Streikbrecher

Seit Donnerstag vergangener Woche stehen rund 200 Münchner Busfahrer im Streik. Es sind Kollegen, die bei privaten Busunternehmern arbeiten, die aber durch Mietverträge in den städtischen Busbetrieb eingegliedert sind. Ein Teil dieser Busunternehmer weigert sich, die tariflich vereinbarten Sonderzulagen für die Fahrer der Omnibuszubringer-Liniendienste (OZL-Tarife) zu bezahlen.

In einer Urabstimmung hatten 98 Prozent der in der Gewerkschaft ÖTV organisierten Kollegen für den Streik gestimmt. Und entsprechend entschlossen führen die Kollegen auch den Kampf um ihr gutes Recht. Obgleich nur ein Teil der Kollegen gewerkschaftlich organisiert ist, steht die Streikfront fast hundertprozentig.

So wurde bekannt, daß sich in einem der Betriebe alle fünf nicht in der Gewerkschaft organisierten Kollegen spontan mit dem einzigen ÖTV-Mitglied des Betriebes solidarisierten und gleichfalls die Arbeit niederlegten.

Die Busunternehmer versuchen mit schmutzigen Methoden, den Streik zu brechen. So heuerte einer von ihnen dienstfreie Bundeswehrsoldaten als Streikbrecher an. Es kam bereits verschiedentlich zu Zusammenstößen zwischen streikenden Busfahrern und gekauften Streikbrechern. Die Versuche der Stadt, den Streik zu unterlaufen, indem städti-

sche Busfahrer zu Überstunden gedrängt und dadurch die Ausfälle teilweise wettgemacht werden sollten, sind bisher mißlungen. Die städtischen Busfahrer ließen sich nicht dazu zwingen, ihren Kollegen in den Rücken zu fallen.

Der Streik führte zu empfindlichen Störungen im Liniendienst. Das wirkte sich unter anderem darin aus, daß viele Arbeiter und Angestellte in München nicht pünktlich zur Arbeit erscheinen konnten. Das nutzen die Unternehmer natürlich zu dem Versuch aus, die Bevölkerung gegen die Streikenden aufzuhetzen. Auch die Münchner Tagespresse schlachtete es groß aus, wenn manche wartenden Fahrgäste ihrem Ärger gegenüber Busfahrern freien Lauf ließen.

Aber die streikenden Kollegen sollten sich dadurch nicht in ihrem Kampfegeist erschüttern lassen. Die meisten Arbeiter und kleinen Angestellten, die vergeblich oder zu lange auf ihren gewohnten Bus warten müssen, wissen, bei wem wirklich die Schuld dafür liegt. Sie sind sich darüber klar, daß es notwendig und gut ist, wenn die Busfahrer ihre Rechte konsequent verteidigen. Trotzdem wäre es eigentlich die Pflicht des DGB-Apparats, durch Flugblätter in der Bevölkerung um Verständnis für den gerechten Kampf der Busfahrer zu werben.

Bei Redaktionsschluß war ein Ende des Arbeitskampfes noch nicht abzusehen

Außerordentliche Delegiertenkonferenz DGB-Kreis Frankfurt

Forderung an DGB-Führung: Klare Verurteilung des Kundgebungsverbots!

Am Mittwoch vergangener Woche befaßte sich eine außerordentliche Delegiertenversammlung des DGB-Kreises Frankfurt mit dem Verbot der Anti-NPD-Kundgebung des DGB vom 16. Juni in Frankfurt. Auf der Versammlung wurde das Verbot als frontaler Angriff auf die Gewerkschaftsbewegung angeprangert. Wallmann, der Frankfurter Oberbürgermeister, strebe wie sein Freund Strauß und die CSU die Zerschlagung

der Einheitsgewerkschaft an, erklärten Redner auf der Delegiertenversammlung. Einstimmig wurde ein Antrag an den DGB-Bundesvorstand verabschiedet, der von ihm eine eindeutige Verurteilung des Verbots fordert. Dazu haben sich Vetter und Co. bislang nämlich nicht durchringen können! Desweiteren faßten die Delegierten einstimmig den Beschluß, am 17. Juni 1980 erneut eine antifaschistische Kundgebung des DGB durchzuführen.



Serie



„Ohne daß es jemand ausspricht, vergleicht die deutsche Öffentlichkeit diesen Mann mit Hitler.“ (Civis, ein der CDU nahestehendes Magazin im Jahre 1965).

Jetzt ist es soweit. Eine der umstrittensten Figuren der Bonner Politik tritt als Kanzlerkandidat der CDU/CSU an. Skandale, Affären, Korruption, skrupellose Machtgier; wem kommen diese Begriffe bei der Erwähnung seines Namens nicht in den Sinn? Kaum ein Politiker hat sich den Haß des Proletariats und der fortschrittlichen Öffentlichkeit so zugezogen wie er. Er hat sich nie sonderlich Mühe gegeben, seine faschistische Gesinnung hinter demokratischen Phrasen zu verbergen. Ist Strauß der Hitler von heute, ist er der Vertreter eines reaktionären, eines faschistischen Deutschlands? Mit dieser Ausgabe wird der „Rote Morgen“ eine Artikelserie über Franz Josef Strauß beginnen.

Ein weltanschaulich gefestigter Nationalsozialist

„Geboren am 6. September 1915 in München als Sohn eines Handwerksmeisters. Nach Besuch des Humanistischen Gymnasiums Studium der Geschichte, Sprachen, Volkswirtschaft und Rechtswissenschaften an der Universität München. Staatsexamen im Jahre 1939/40. Von 1939 bis 1945 Teilnahme am 2. Weltkrieg.“ Das sind die Auskünfte, die das „Handbuch des Deutschen Bundestages“ von 1949 über die Rolle von Strauß im „Dritten Reich“ hergibt. Als Strauß die fälligen biographischen Angaben für das Handbuch machte, war er schon damals, in jungen Jahren, von einem ähnlichen Gedächtnisschwund befallen, den wir noch vor kurzem bei Parteifreund Filbinger entdecken mußten. Im folgenden einige Ergänzungen:

Am 1. Mai 1937, also mit 21 Jahren, ist Franz Strauß (den Josef hat er sich, sozusagen als Künstlernamen, erst später in der CSU zugelegt) dem Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps (NSKK) beigetreten, ein halbes Jahr später dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB). Das NSKK war bis 1934 wie die SS eine Unterabteilung der SA gewesen. Nach der Ermordung des SA-Chefs Röhm, mit der sich Hitler die Alleinherrschaft in der NSDAP sicherte, wurden SS und NSKK nach dem amtlichen „Handbuch für das Deutsche Reich“ von 1936 zu

gleichrangigen Gliederungen der NSDAP.

Der Korpsbefehl Nr. 12b vom 12. Mai 1938 stellt fest: „Führer und Männer des Korps müssen Parteimitglieder sein oder, falls dies noch nicht der Fall ist, die Eignung für eine spätere Aufnahme in die Partei besitzen und die Verpflichtung hierzu eingehen.“ Weiter wurde den NSKK-Mitgliedern eine „dauernde Schulung“ sowie „ein immer tieferes Eindringen in das nationalsozialistische Gedankengut“ zur Pflicht gemacht.

Beim Sturm 23/M6 des NSKK in München bekleidete Strauß die Stellung eines „weltanschaulichen Referenten“. Diese Referenten mußten „einwandfrei zuverlässige, weltanschaulich gefestigte Nationalsozialisten“ sein. Sie hatten die Aufgabe, Führern und Mannschaften das NS-Gedankengut einzuprägen und sie „für Führer und Bewegung zu begeistern“.

Seine Treue zu Führer und Vaterland kamen ihm auch in seiner beruflichen Karriere zugute. Nachdem er Bayerns bestes Abitur gemacht hatte, bestand er sein Referendarexamen für das höhere Lehramt im Jahre 1940 mit 1,10 — der besten Note, die Bayern seit 1910 gesehen hatte. Mitten im Krieg wurde er — mittlerweile an der Westfront zum Leutnant befördert — vom zuständigen Reichsminister zum außerplan-

mäßigen Beamten ernannt, am 5. April 1943 gar zum Studienrat. Im Vorschlag zur Ernennung zum Studienrat heißt es ausdrücklich, daß der Kandidat die Gewähr biete, „jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat“ einzutreten. Dieselbe Zuverlässigkeit wird ja bekanntlich im Nachfolgestaat der Hitler-Diktatur mit nur geringfügig abgewandelter Formulierung von angehenden Beamten verlangt.

1943 wurde Strauß „Offizier für wehrgeistige Führung“, später „Nationalsozialistischer Führungsoffizier“ (NSFO). Zu dieser politischen Funktion wurden ausdrücklich nur „bedingungslose, kämpferische, fanatische Nationalsozialisten“ zugelassen. NSFOs konnten nur von der NSDAP-Kanzlei

des Reichsleiters Bormann ernannt werden. Neben der „Aktivierung“ und „Fanatisierung“ des ihm zugeteilten Truppenteils hatte der NSFO schlichtweg mieseste Spitzelarbeit für die zuständigen Parteileitungen durchzuführen. Der NSFO hatte laufend Personalurteilungen abzugeben und mußte monatlich schriftliche Tätigkeitsberichte anfertigen, die sowohl dem zuständigen Offizier als auch dem NSDAP-Führungsstab des entsprechenden Wehrmachtsteils vorgelegt werden mußten. Fassen wir zusammen:

Franz Josef Strauß wurde von den höchsten Nazi-Führern als „einwandfrei zuverlässig“ und „weltanschaulich gefestigt“ eingeschätzt. Diese bislang schlimmsten Verbrecher in der deutschen Geschichte bescheinigten dem heutigen Kanzlerkandidaten der CDU/CSU, ein fanatischer Nationalsozialist zu sein, der „jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat“ eintrete. Das sind wahrlich ausgezeichnete Referenzen. Strauß wurde einer der Hauptbetreiber des Wiedererstarkens des westdeutschen Imperialismus.

Nach der totalen Niederlage des Hitler-Staates erwies Strauß sich als erstaunlich anpassungsfähig. Nachdem er zunächst mit gefälschten Entlassungspapieren vergeblich versuchte, sich im bayrischen Schongau als Oberleutnant der Gefangenennahme durch die Amerikaner zu entziehen, machte er sich bald als Dolmetscher bei der amerikanischen Militärregierung unentbehrlich. Die Amerikaner bestellten ihn zum stellvertretenden Landrat von Schongau. Strauß nutzte seinen wiedergewonnenen politischen Einfluß geschickt aus und wurde dann später auch zum Landrat gewählt.

Damit war der verdiente Nationalsozialist Strauß gleichzeitig geschäftsführender Vorsitzender des Spruchausschusses, der für die Entnazifizierung verantwortlich war; ein beredtes Beispiel, mit welchem „Ernst“ die amerikanischen Imperialisten diese Pflicht vornahmen. Die weitere politische Karriere des späteren CSU-Vorsitzenden zeigt anschaulich, daß seine politische Überzeugung sich bis heute um keinen Deut geändert hat. Mit beispiellosem Fanatismus betrieb er die Wiedergeburt des reaktionären deutschen Militarismus, um das von Hitler verfehlt Ziel der vollständigen Vernichtung des Kommunismus doch noch zu erreichen.

(sämtliche Zitate aus Schwarzbuch: Strauß, Kohl & Co., 1976, Köln)



In dieser Umgebung fühlt er sich am wohlsten. Mit beispiellosem Fanatismus betrieb er die Wiedergeburt des reaktionären deutschen Militarismus.

Semler verharmlost Strauß-Kandidatur

Strauß — keine Gefahr?

Christian Semler, Vorsitzender der sogenannten KPD, nahm in einem „Rote-Fahne“-Kommentar (Nr. 27/79) zur Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß Stellung.

Die Haltung Semlers und seiner Partei zu dieser Kandidatur kann man nur mit folgenden Worten beschreiben: verharmlosen, herabspielen; auf jeden Fall, unbedingt den Kampf dagegen verhindern!

Laut Semler wollen die Kapitalisten selbst Strauß loswerden. Originalton Semler: „Viele der CDU-Honoratioren glauben ohnehin, daß die CDU/CSU die 80er Wahlen nicht gewinnen kann. Deshalb kann Strauß ruhig ins Gefecht geschickt und anschließend abserviert werden.“

Semler beschönigt die Pläne des Finanzkapitals, mit dem Aufmarsch der Carstens, Strauß und Konsorten die Errichtung des Faschismus vorzubereiten.

Aber er geht noch weiter. Er schreibt nicht nur kein Wort davon, daß Strauß der Vertreter des Programms der Kapitalisten für die Krise ist. Er fragt stattdessen: „Was will Strauß? Er will die westdeutschen Monopole, die bisher überwiegend den Kurs der Schmidt-Regierung tragen, auf seinen Kurs der härteren, offeneren Konfrontation mit der SPD und dem „Sozialismus“ verpflichten.“ Nach seiner Logik ist es also Strauß, der den

Monopolherren den Faschismus aufdrängen will — und die wollen nicht! Mit dieser schwachsinnigen Behauptung leugnet er jede Notwendigkeit des Kampfes gegen die faschistische Gefahr.

Kein Wort davon, daß die offeneren und härteren Konfrontation, die Strauß anstrebt, nicht etwa der SPD und anderen Parteien des Kapitals gilt, sondern gegen die Arbeiterklasse, die Werktätigen gerichtet ist. Der tiefe Haß, den die Arbeiterklasse gegen Strauß hat, weil sie weiß, was sie von diesem Mann zu erwarten hat, soll falsch sein. Ja, sogar „rassistische Verunglimpfung der Bayern“ sieht Herr Semler bei den Strauß-Gegnern, wobei auch er nicht erklären kann, was die Rasse der Bayern ausmacht.

Semler streitet ab, daß die Kapitalisten verschiedene Parteien je nach der Entwicklung der Krise einzusetzen versuchen und mag in allem nur ein Manöver sehen, um die SPD zu stärken.

Was Semler und seine Partei gerne verhindern möchten, das ist der politische Kampf der Arbeiterklasse gegen Reaktion und Faschismus. Was sie verhindern wollen, ist, daß im Kampf gegen die faschistische Drohung die Arbeiterklasse lernt, sich gegen alle Kräfte der Reaktion, des Kapitals zu stellen und für die Freiheit, für den Sozialismus zu kämpfen.



Strauß als „Offizier für wehrgeistige Führung“ an der Ostfront. Laut Reichsleitung der NSDAP mußten die Führungsoffiziere „bedingungslose, kämpferische, fanatische Nationalsozialisten“ sein.

Blutsbrüderschaft

Am 31. 3. 1975 verschickte die Münchener HIAG (Hilfsgemeinschaft der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS) folgendes Schreiben an ihre Mitglieder:

Liebe Kameraden! Angesichts der von Sozialdemokraten und anderen linken Chaoten verursachten inneren Lage Deutschlands rufen wir Euch auf:

Unterstützt allseitig und in Treue zu Deutschland die Bemühungen des CSU-Vorsitzenden Dr. Franz Josef Strauss, sich an die Spitze unseres deutschen Vaterlandes zu stellen und es zum Vereinigten Europa zu führen!

Wer heute von Europa spricht und damit mehr als nur eine Wirtschafts-, Manager-, Konsum- und Sozialgemeinschaft oder ein politisches Parkett meint, kommt um die geschichtliche Wahrheit nicht herum. Die volle europäische Wahrheit ist die, dass seit Hunderten von Jahren die Völker dieses Erdteils immer wieder Schulter an Schulter angetreten sind, um die Gefahr aus dem asiatischen Osten zu bannen. Und so war es auch von 1941 bis 1945, ob es den Meinungsmachern und Manipulatoren von heute passt

oder nicht. Dass in der Waffen-SS 900 000 deutsche und europäische Freiwillige in 38 Divisionen vereinigt und auf fast allen Kriegsschauplätzen kämpften, vornehmlich aber im Osten in der größten Abwehrschlacht der Geschichte standen, ist Wahrheit. Die geschichtliche Wahrheit ist, dass die Männer der Waffen-SS in dieser Schlacht den Schritt zur europäischen Einigung getan haben.

Durch Verrat verloren wir den Krieg.

Das aber, Kameraden der Waffen-SS, verpflichtet erst recht, den Kampf um die europäische Einigung mit der uns eigenen Willenskraft und Siegeszuversicht zu führen. An unserer Seite, Schulter an Schulter mit uns, steht Dr. Franz Josef Strauss. Seine energischen Taten wie auch gleichsam seine Berufung zur Führernatur bedeuten die Fortsetzung unserer auf den Schlachtfeldern des Weltkrieges begonnenen Sache.

Unsere Ehre heißt Treue!

BKA-Fahndungsaktion

Vernehmen, verdächtigen, einschüchtern, registrieren...

Werkstätige sollen zu Spitzeldiensten animiert werden

Dienstag, 3. Juli: Das Bundeskriminalamt (BKA) ruft in einem siebenminütigen Fernsehfilm die Bevölkerung einmal mehr dazu auf, an der neuesten BKA-Fahndung teilzunehmen. Hinweise sollen gegeben werden, Tips, kurz: Spitzelarbeit soll geleistet werden. Bei Erfolg kann man dafür 50.000 Mark kassieren.

Das offizielle Ziel der neuen Fahndung: Terroristen und konspirative Wohnungen.

Über 500 Anrufe bekommt die Polizei am ersten Tag. Die meisten davon, nämlich rund 30, in Berlin. Die Berliner Polizei teilte dazu mit, es sei keine heiße Spur dabei, aber interessante Informationen, die allerdings kein sofortiges Vorgehen verlangen würden. Damit meint man Informationen, „die interessant sind für die zukünftige Entwicklung“. Ähnlich war die Reaktion in Städten wie Stuttgart und Frankfurt.

Wo sollen die konspirativen Wohnungen sein? Laut Fernsehfilm des BKA in Hochhäusern oder Mehrfamilienhäusern ohne direktes Gegenüber oder in der Nähe von Haltestellen öffentlicher Verkehrsmittel oder modernisierten Altbauwohnungen in Sanie-

rungsgebieten. Nach der Niederschießung von Rolf Heißler war bereits das Fahndungsmerkmal „wohnt in Altbauwohnungen mit Ausländern im Haus“ bekanntgeworden.

Unter diesen Fahndungsmerkmalen lassen sich über Dreiviertel aller Wohnungen in der Bundesrepublik überprüfen.

Zur selben Zeit wie der Film des BKA im Fernsehen läuft, beginnen in zahlreichen Großstädten der Bundesrepublik Verkehrskontrollen. Polizeitrupps in der Stärke von zehn bis zwanzig Mann mit Maschinenpistolen bewaffnet kontrollierten die Gesichter der Autofahrer entsprechend folgender Fahndungsmerkmale des BKA: junge Frauen und Männer, die entweder seriös aussehen und Wagen der gehobenen Mittelklasse fahren und junge Frauen und Männer, die lässig oder gar nachlässig gekleidet sind, langhaarig, mit kleinen und älteren Autos. Damit kann man fast alle jüngeren Autofahrer erfassen.

Ebenfalls zur selben Zeit wird die ständige Zivilfahndung verstärkt. Drei bis vier jüngere bewaffnete Beamte, entweder betont modisch oder betont nachlässig gekleidet, arbeiten



BKA-Fahndung in Westberlin. Im Fahndungsraster befinden sich mehr als die Hälfte aller Werkstätigen.

als Greiftrupps vor allem auf Bahnhöfen, in Gaststätten und Vorstädten. Ihre Fahndungsmerkmale heißen: junge Frauen und Männer, entweder seriös oder gammelig aussehend. Damit können sie ebenfalls die meisten jungen Leute schlecht hin überprüfen.

Ergebnis und Art der Fahndung zeigen den Sinn und Zweck dieser Maßnahmen, die heutzutage ohne konkreten Anlaß durchgeführt werden,

sehr deutlich: landauf, landab sollen die Menschen eingeschüchtern, registriert, vernommen und verdächtigt werden, die Computerdateien der Polizei aufgefüllt werden. Die Bevölkerung soll sich an dieses Klima gewöhnen, der Polizeiparapparat soll eingespielt werden.

Allmacht und Allgegenwart der Polizei zu demonstrieren, das ist eine der Methoden, den Polizeistaat vorzubereiten.



Verjährung — niemals

Bonn verharmlost die Nazi-Verbrechen

Immerhin: Am 31. Dezember 1979 können die alten Nazi-Verbrecher nicht aus ihren Löchern kriechen und sich öffentlich ihrer Verbrechen rühmen. Das zumindest bewirkt der Beschluß des Bonner Bundestages über die Aufhebung der Verjährung bei Mord. 255 Abgeordnete stimmten dafür, 222 dagegen.

Aber selbst dieser kleine Erfolg ist dem Bonner Parlament abgetrotzt worden. Abgetrotzt von einer Öffentlichkeit, die durch die Holocaust-Diskussion aufgerüttelt wurde, die in zunehmendem Maße die strenge Bestrafung der Nazi-Verbrecher forderte und gegen die drohende Verjährung protestierte.

Immer wieder demonstrieren breite Schichten unseres Volkes, daß sie kein neues '33 mehr zulassen. Damit haben sie bis zu einem gewissen Grade die ursprünglichen Absichten aller Bonner Parteien durchbrochen. Zu Beginn der Verjährungsdiskussion, im Herbst 1978, hatte etwa ein Willy Brandt noch gesagt: „Es muß ein Schlußstrich gezogen werden.“

Dieser „Schlußstrich“ wurde nicht gezogen! Jedenfalls nicht so, wie ihn sich die Bonner Verjährungsstrategen von Strauß bis Brandt vorstellten.

Auf der anderen Seite sollte sich aber niemand Illusionen über diesen Bundestagsbeschluß machen. Bonn hat sich mit diesem Beschluß um das eigentliche Verjährungsproblem herumgedrückt, entsprechend seiner reaktionären Natur. Die Verbrechen der Nazi-Faschisten werden per Gesetz mit dem Delikt des einfachen Mordes auf eine Stufe gestellt.

Die sklaventalerische Ausbeutung von Millionen von slawischen Zwangsarbeitern durch die „arische Herrenrasse“ (sprich: durch die Krupp, Siemens, Henschel, IG Farben und anderen), die Ermordung und Vergasung von Millionen von Juden, Russen, Polen und politischen Gegnern Hitlers, das alles wird damit grenzenlos verharmlost. Was Hitler im Namen Deutschlands da praktiziert hat, das war eine ausgeklügelte Menschenvernichtungsmaschinerie riesigen Ausmaßes, die an Grausamkeit in der Geschichte nicht übertroffen worden ist. Die Regierung eines Nachkriegs-Deutschlands, — hat für viele Menschen erst vor allen anderen, hätte die

Pflicht, einem solchen verbrecherischen System für alle Zeiten den Kampf anzusagen.

Im Gegensatz dazu hat Bonn mit seinem Beschluß ein Zeichen setzen wollen, daß es die politische Verurteilung des Nazi-Faschismus nicht länger hinnehmen will. In Zukunft soll ein KZ-Bewacher, der Tausende von Insassen totgeschlagen hat, genauso behandelt werden wie ein Eifersuchtsmörder. Das ist eine ungeheure Rehabilitierung des faschistischen Mordsystems, das dem Erstarken des Faschismus in Deutschland großen Auftrieb gibt.

Dieser Schritt der Bonner Regierung wird und kann bei den Völkern Europas kein Verständnis finden.

Darüber hinaus muß man aber auch feststellen: Es ist nicht einmal gesichert, daß die Verjährung der Nazi-Morde nicht doch stattfindet. Nicht offiziell, aber praktisch — durch eine Gerichtspraxis, wie wir sie auch bisher schon kennen: langatmige Prozeßführung, Beleidigung und Verhöhnung der Zeugen, wohlwollende Behandlung der faschistischen Verbrecher und dann Freisprüche. (Zynischerweise haben die offensten Befürworter der Verjährung diese skandalösen Tatsachen auch noch zum Vorwand genommen, um die „Notwendigkeit“ der Verjährung zu begründen!)

Aber auch in anderer Hinsicht muß gewarnt werden. Nimmt man den Beschluß des Bundestages für sich — Aufhebung der Verjährung bei Mord — so stellt er eine Verschärfung des Strafrechts dar. Eine solche Verschärfung ist typisch für jede reaktionäre Entwicklung und dient der Verschärfung des politischen Klimas im Bonner Staat. Die Befürworter der Wiedereinführung der Todesstrafe dürften neuen Auftrieb bekommen. Nicht umsonst hat der reaktionäre und revanchistische CSU-Politiker Gradl für die Aufhebung der Mordverjährung gestimmt. Und zwar ausdrücklich wegen der „in der Bundesrepublik angestiegenen kriminellen Gewaltkonflikte“!

Aber die Absichten und geheimen Wünsche der Bonner Politiker sind eine Sache. Was die Demokraten und Antifaschisten in unserem Lande dazu sagen, ist eine andere! Sie betrachten den Bonner Verjährungsbeschluß als einen ersten, hart erkämpften Erfolg gegenüber den faschistischen Bestrebungen im Bonner Staat, den es jetzt weiter auszubauen gilt. Der Kampf gegen die alten und neuen Nazis — sitzen sie nun auf Bonner Posten oder nicht — hat für viele Menschen erst vor allen anderen, hätte die

Bochumer Gericht fällt Urteil

Dürfen Neonazis als Neonazis bezeichnet werden?



Neofaschisten bei einer Demonstration in Kamen

Nach einem Urteil der Ersten Bochumer Zivilkammer dürfen NPD-Mitglieder bzw. „Junge Nationaldemokraten“ als „Neonazis“ und „Neofaschisten“ bezeichnet werden.

Die Gerichtsverhandlung geht auf eine Anzeige des Kamener Neonazi-Führers Karl-Heinz Harting zurück. Harting hatte sich über ein Flugblatt der „Landeskonferenz Antifaschistischer Arbeitskreis NRW“ erregt, in dem er als „Kopf einer faschistischen Schlägerbande“ bezeichnet worden war.

Das Gericht drückte sich allerdings um die klare Feststellung, daß es sich bei Harting und seiner NPD um Faschisten bzw. Neofaschisten handelt. Es begründet sein Urteil rein formal: „Wer sich in die politische Arena stürzt“ — so das Gericht — „muß damit rechnen, daß

mit harten Bandagen zurückgeschlagen wird.“

In seinem Urteil verbot das Gericht allerdings, Harting einen Schläger bzw. einen „Ziehvater“ einer Bande zu nennen. Die Begründung war unverschämte: „Spätestens seit Baader/Meinhof ist der Begriff ‚Bande‘ den Kriminellen zugeordnet.“

Mit seinem Urteil verharmlost und begünstigt das Gericht nicht zuletzt die Aktivitäten der Neonazis vom Schlage eines Harting. Gerade in der letzten Zeit ist die terroristische Aktivität neonazistischer Banden enorm angestiegen.

3 500 Mark Pension für SS-Mann

Wie sich jetzt herausstellte, bezieht der ehemalige Angehörige der SS, Hans Kroker, eine staatliche Pension von monatlich 3 500 Mark. Kroker war bis zu seiner Pensionierung Staatsbeamter und als Bundesbahndirektor tätig gewesen.

Kroker ist derselbe Mann, der kürzlich über einen Rechtsanwalt Anzeige gegen die Journalistin Renate Harpprecht erstattete, und zwar wegen „Beleidigung und Volksverhetzung“. Frau Harpprecht hatte davon berichtet, daß ihre Eltern in einem Konzentrationslager umgekommen seien. Kroker fühlte sich dadurch „als Angehöriger der SS“ beleidigt; den Massenmord bezeichnete er als „Vergasungsstory“.

Soweit bekannt, hat sich kein bundesdeutscher Staatsanwalt gefunden, der Kroker wegen dieser Ungeheuerlichkeit angeklagt hätte.

Kundgebung gegen türkische Faschisten

Rund 500 Menschen kamen am 6. 7. auf einer Kundgebung am Westberliner Kottbusser Damm zusammen. Zu der Kundgebung hatte die „Initiative gegen die Faschisten aus der Türkei“ aufgerufen. Ein deutscher und ein türkischer Kollege informierten die Zuhörer über das Treiben der türkischen Faschisten in Westberlin, die immer wieder fortschrittliche türkische Flugblattverteiler überfallen und dabei auch von Schußwaffen Gebrauch machen.

Erst unmittelbar vor der Kundgebung hatten Anhänger der faschistischen MHP im Lokal einer türkischen Frauengruppe die Scheiben eingeworfen.

Inzwischen hat die Initiative eine Dokumentation herausgebracht, die über folgende Kontaktadresse zu beziehen ist:

1 Berlin 65, Langenscheidtstraße 3, Laden.

Handgranaten liegen bereit

Wie eine Umfrage der Nachrichtenagentur dpa ergab, liegen in den Kellern und Arsenalen der Polizeikräfte ausnahmslos aller Bundesländer schwere Maschinengewehre und Handgranaten bereit. Diese Bürgerkriegswaffen werden bereitgehalten, obwohl den Polizeibeamten in vielen Bundesländern bisher verheimlicht wurde, daß ein Einsatz dieser Waffen im Bürgerkriegsfall vorgesehen ist.

Nach den berüchtigten Rahmenrichtlinien für ein einheitliches Polizeigesetz werden in allen Ländern Polizeigesetze entworfen — oder sind bereits entworfen —, die den Einsatz dieser Waffen vorsehen. Allein im Land Bayern ist die Ausbildung an diesen Waffen schon jetzt vorgeschrieben.

SS-Mann Knop verurteilt

Der ehemalige SS-Hauptscharführer Walter Knop ist jetzt in Köln wegen Beihilfe zum Mord zu neun Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden. Knop hatte, als Kommandant des KZs Gassen bei Cottbus, bei der Evakuierung des Lagers einen Treck von 200 gefangenen Franzosen, Italienern, Polen, Tschechen und Russen nach Buchenwald geführt. Am Ziel war er nur mit 41 Häftlingen angekommen.

Die 159 übrigen entkräfteten Gefangenen waren von Knop und einem anderen Unterscharführer erschossen oder von dessen Schäferhunden zerfleischt worden. Der Staatsanwalt hatte wegen dieser Bestialitäten lebenslange Haft gefordert. Das Gericht wollte aber „nur“ acht Morde als bewiesen anerkennen!



Praktizierte Verjährung: Die Freisprüche im Majdanek-Prozeß.

Überall rühren sich die türkischen Faschisten. Aber auch überall setzen sich deutsche und türkische Antifaschisten zur Wehr. Von einer gelungenen Aktion berichten uns Kieler Genossen in folgendem „Tagebuch“

Kieler Antifaschisten sind auf Zack

Treffen türkischer Faschisten kurzfristig verhindert!

Volkskorrespondenz aus Kiel

Mittwoch, 27.6.79

Es trifft eine erste Nachricht ein über eine provokatorische Filmveranstaltung der „Türkischen Gemeinschaft Kiel“, einer Tarnorganisation der faschistischen MHP, (zu der die „Grauen Wölfe“ gehören), für Sonntag, den 1.7.79, in der Gerhard-Hauptmann-Schule. Dort soll der in der Türkei verbotene Film „Wann wird die Sonne scheinen?“ gezeigt werden, der aufgrund seines rassistisch-faschistischen Inhalts mehrfach zu Gewalttätigkeiten führte (s. auch RM Nr. 1/79).

Der „Verein der Studenten aus der Türkei in Kiel und Umgebung“ regt eine Aktions-einheit mit der „Gewerkschaftsoppositionellen Gruppe“ (GOG), eines Zusammenschlusses von jungen HDW-Arbeitern, der KPD/ML und weiteren deutschen und türkischen HDW-Arbeitern an. Ein Flugblatt wird erstellt. Die Öffentlichkeitsarbeit läuft an.

Donnerstag, 28.6.79

Vor HDW wird ein Flugblatt der Aktionseinheit von türkischen Genossen verteilt. Eine Gegendemonstration wird angemeldet, die durch das Kieler Arbeiterviertel Gaarden führen soll. Mit Abschlußkundgebung Sonntag 17 Uhr vor der Gerhard-Hauptmann-Schule. Abends berichten der rote Betriebsrat Auer und ein türkischer Genosse auf einer Veranstaltung der „Gruppe Kieler Antifaschisten“ zum Thema „Grundgesetz“ über den aktuellen Stand der Dinge. Über 40 interessierte Antifaschisten aus Kiel und Umgebung sind anwesend.

Unsere Gegendemonstration ist verboten worden! Aber man mußte auch den türkischen Faschisten die Aula der Gerhard-Hauptmann-Schule wieder entziehen. Da die Faschisten weiter für Sonntag

mobilisieren, verstärken wir ebenfalls unsere Anstrengungen. Junge Antifaschisten aus Lütjenburg und Nortorf, die die Veranstaltung besuchten, wollen mithelfen, die Filmvorführung zu verhindern.

Freitag, 29.6.79

Die Verbotsvorgabe liegt vor. Darin heißt es u.a.: „Es kann nicht hingenommen werden, daß auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland durch Gewalt innenpolitische Gegensätze von Ausländern ausgetragen werden.“

...muß die Befürchtung gehegt werden, daß es am Sonntag, dem 1. Juli 1979, zu solchen vorher beschriebenen Auseinandersetzungen auch in Kiel kommen kann, die sich ganz zweifellos als Störung der öffentlichen Sicherheit dann erweisen würden.“

Weiter wird ein Beschluß des Verwaltungsgerichts Frankfurt vom 11.1.79 zitiert: „Die Kammer hat auch Bedenken, ob dem Antragsteller das Recht auf Demonstration... im vorliegenden Fall überhaupt zusteht.“

...so erscheint es zumindest zweifelhaft, ob der Antragsteller dieses Recht dann überhaupt beanspruchen kann, wenn die Demonstration auf Geschehnissen im Ausland und eine Einflußnahme auf ausländische staatliche Organe hinzielt...“

Zusammen mit einem fortschrittlichen Rechtsanwalt werden weitere juristische Schritte unternommen wie einstweilige Anordnung, verwaltungsgerichtliche Verfügung u.a. Sie werden aber vom Verwaltungsgericht Schleswig verworfen. Die Faschisten, die von deutschen Neo-Faschisten unterstützt werden, gehen nicht zum Obergerichtsverfahren in Lüneburg. Wir unterlassen deshalb auch diesen Schritt.

Mittlerweile erfahren wir, daß in Neumünster ebenfalls

eine Veranstaltung der türkischen Faschisten am Sonntag, 1.7. um 13 Uhr, geplant war. Die dortige Stadtverwaltung verbot jedoch die Filmvorführung. Ebenso kündigte sie die Räume.

Eine Stadtteilzelle der KPD/ML erstellte ein Extra-Blatt der Zeitung „Rotes Gaarden“ und verteilte es mutig in unmittelbarer Nähe des Büros der türkischen Faschisten in der Jägerstraße trotz bedrohlicher Zusammenrottung der „Grauen Wölfe“, die aber an einem so belebten Platz nichts zu unternehmen wagten.

Sonntag, 30.6.79

Aktionstreff der Partei: Wir besprechen die näheren Einzelheiten unseres Vorgehens für Sonntag. Zwei Beobachter werden bestimmt, um an dem ursprünglich geplanten Versammlungsort der nunmehr verbotenen Gegendemonstration vereinzelt eintreffende Demonstrationsteilnehmer zum Westpark umzudirigieren und anschließend die Gegend um die Gerhard-Hauptmann-Schule herum zu beobachten. Ansonsten: „Ruhe vor dem Sturm“.

Sonntag, 1.7.79

13 Uhr. Gaarden. Überall patrouillierende Polizei-PKW und -Mannschaftstransporter, zusätzlich mehrere Zivilwagen der Polizei. Die Genossen dirigieren einzelne Demonstrationsteilnehmer in den Werftpark für 16 Uhr um.

14.30 Uhr. An der Gerhard-Hauptmann-Schule beobachten wir nichts Auffälliges. Der Vorplatz ist menschenleer. Auf dem Werftpark ankommende Genossen berichten von einem großen Polizeiaufgebot am weit entfernten Saalbau „Eichhof“ (jetzt: „Ball pompös“). Sie vermuten zu recht, daß die türkischen Faschisten dort einen Ausweichraum angemietet hätten.



Türkische und deutsche Kollegen auf dem Demonstrationszug

15.30 Uhr. Wir fahren zum Eichhof. Große Polizei-Mannschaftstransporter erwarten uns. Spanische Reiter werden gerade wieder auf Pritschen-LKW geladen. Die letzten Bullen verlassen den Ort in Richtung Polizeikaserne. Was ist los?

Wir interviewen einen Augenzeugen. Danach wußte der Besitzer des „Ball pompös“ nichts von dem faschistischen Film, ihm war nur eine „Kulturveranstaltung“ gemeldet worden. Nach Bekanntwerden der wahren Sachlage trat er in letzter Minute vom Vertrag zurück. Aber zwei Polizeihundertschaften mit Hundestaffeln waren bereits vorher angetreten, um die Faschisten vor eventuell demonstrierenden Antifaschisten zu schützen.

16.15 Uhr. Am Werftpark waren mittlerweile 300 bis 400 türkische und deutsche Antifaschisten eingetroffen. 17 Uhr. Trotz Verbot entschließen wir uns, gemeinsam zum Platz Ecke Elisabeth-Straße/Jägerstraße zu marschieren. Parolen schallen durch die Straßen: „Türkes – Mörder!“, „Tod dem Faschismus in der Türkei!“, „Hoch die

internationale Solidarität!“, „Faschisten raus aus Kiel!“ usw. Ein türkischer Kollege und zwei deutsche HDW-Kollegen halten Reden, alles unter Polizeibeobachtung. Die Polizei wird laufend verstärkt.

Viele Menschen an den Fenstern der umliegenden Häuser und Passanten verfolgen das Geschehen mit Sympathie. Wir ziehen weiter durch Gaarden Richtung Werftpark. 50 „Graue Wölfe“ verlassen bei unserer Ankunft in der Nähe des Büros fluchtartig den Ort.

Dann plötzlich: Die Polizei nimmt einen Vorfall – ein betrunkenen Autofahrer fährt ein türkisches Mädchen mit Fahrrad an – als Vorwand, um sich die beiden deutschen Kundgebungssprecher zu greifen (der türkische Sprecher ist rechtzeitig in Sicherheit gebracht worden). Die Teilnehmer der Demonstration und auch beobachtende Anwohner sind empört. Aber wir wollen den bereitstehenden Hundertschaften der Polizei keinen Anlaß zum Eingreifen geben und marschieren weiter.

18 Uhr. Wir halten im Werftpark unsere Versammlung

ab und lösen sie auf, als die Polizei aufzieht. Die beiden Festgenommenen wurden inzwischen freigelassen. Sie haben eventuell mit einer Anklage wegen Rädelsführerschaft oder wegen des Verkehrsunfalls zu erwarten.

Dennoch haben wir einen Erfolg errungen. Wir haben den Faschisten das Feld nicht überlassen und haben planmäßig die Öffentlichkeitsarbeit und die Mobilisierung angepackt, obwohl die Zeit knapp war. Wir haben uns, trotz Verbot, das Recht genommen, gegen eine faschistische Provokation zu demonstrieren im Sinne des proletarischen Internationalismus.

Wir werden jetzt die längerfristige Arbeit gegen die „Grauen Wölfe“ zusammen mit den anderen antifaschistischen Türken und anderen interessierten Kollegen aufnehmen. Auch „Rotes Gaarden“ wird mit einem neuen Flugblatt herauskommen, in dem die Vorfälle vom Sonntag aufgegriffen werden. Warum sollte es dann nicht bald eine Initiative gegen die „Grauen Wölfe“ in Kiel geben?



Die Polizei startet eine Provokation: Zwei Genossen werden festgenommen.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

- ☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML ☐ Ich möchte den „Roten Morgen“, das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren
- ☐ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen“ ☐ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum: Unterschrift:

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.

Jetzt erhältlich



Preis DM 5,-; zu bestellen bei: Verlag Neue Zeit, Postfach 4304, 2300 Kiel 1; auch im Buchhandel

Reiseland ALBANANIEN

Albanien hat mehr zu bieten...

...als Karl-May-Lektüre und Presseklischees ahnen lassen. Auch als Reiseland. Das fängt schon an mit dem, was beim heutigen Touristenrummel keine Selbstverständlichkeit ist:

Erholung

Ideal für die ganze Familie.

- Sonne, Meerluft und Ruhe an einem der größten Strände der Adria;
- in der Feriensiedlung für albanische Werktätige bequeme Hotelanlagen direkt am Meer, kein Autoverkehr;
- breiter, flach abfallender Strand und tatsächlich noch sauberes Wasser.

Abwechslung

- Sport- und Spielmöglichkeiten;
- Vorführung albanischer Filme;
- Folklorespiele und Tanz;
- attraktive Ziele für Fahrten ins Landesinnere.

Eindrücke von Land und Leuten

Wer mehr darüber erfahren möchte, wie das ehemalige Armenhaus Europas sich in 35 Jahren Unabhängigkeit entwickelt hat, wie die sozialistische Gesellschaftsordnung aussieht, dem bietet die GFA ein ausgesuchtes Exkursionsprogramm mit Reiseleiter und Dolmetscher. Besucht werden:

- Städte in allen Teilen des Landes;
- Landwirtschafts- und Industriebetriebe
- Museen und kulturhistorische Stätten;
- andere Einrichtungen, Vorträge und Diskussionen mit albanischen Gesprächspartnern auf Wunsch.

Termine

20. 7. 3 Wochen (noch einige Plätze)
10. 8. 2 Wochen oder 4 Wochen
24. 8. 2 Wochen
7. 9. 3 Wochen

Sonderpreise + + + noch billiger + + + Sonderpreise + +

Pauschalpreis pro Person			Kinderermäßigung	
	Strandurlaub	mit Programm	3 bis 8 Jahre	Bis 3 Jahre KOSTENLOS
2 Wochen	850	745	400 (Ohne Landfahrten)	(Kein Anspruch auf Sitzplatz im Flugzeug; Mahlzeiten und Kinderbett werden – wie international üblich – direkt im Hotel bezahlt).
3 Wochen	775	870	475	
4 Wochen	1050	1140	—	

Spezialangebote

- Familienreise 10. bis 24. August. Programm, das auf Eltern mit Kindern abgestimmt ist. Kinderbetreuer, besondere Kinderermäßigung: 3 bis 8 Jahre nur DM 300 (ohne Landfahrten); 8 bis 14 Jahre nur DM 550.
- Rundreise durch Albanien, 7. bis 28. September, DM 1120; Sonderprospekt anfordern.

Anmeldung und weitere Informationen:

Gesellschaft der Freunde Albanien e.V., Postfach 11 16 05, 2000 Hamburg 11, Tel.: 040 / 850 27 36.

Die ersten Teile des Referats vor dem 3. Plenum des Zentralkomitees der KPD/ML haben wir bereits im „Roten Morgen“ Nr. 24, 26 und 27 abgedruckt. Genosse Ernst Aust analysierte darin die politische Situation in der Bundesrepublik angesichts der sich verschärfenden Krise, der Bundespräsidentenschaft eines Carstens und der Vorbereitungen für die Kanzlerkandidatur eines Strauß. Er zog die Schlußfolgerungen, die sich daraus für die Taktik der Partei

ergeben. Insbesondere ging er auf Probleme beim Aufbau der Front gegen Reaktion und Faschismus sowie auf verschiedene Probleme der Arbeit in Massenorganisationen ein. Er umriß den Standpunkt der Partei gegenüber kleinbürgerlichen Bewegungen wie den Grünen, den Bunten und den Spontis. — Mit den vorliegenden Auszügen schließt das Referat ab.

**Auszüge aus dem Referat des Genossen Ernst Aust
vor dem 3. Plenum des ZK der KPD /ML.**

Der nächste Bündnispartner des Proletariats

Fassen wir kurz zusammen: Es ist keineswegs im Interesse der strategischen Ziele der Partei und des Proletariats, die kleinbürgerlichen Listen der Grünen, der Bunten, der Alternativen etc. zu unterstützen. Auch wenn sich dadurch bei den Wahlen kurzfristige taktische Erfolge erzielen ließen, wäre dies falsch. Einfach deshalb, weil die Partei um kurzfristiger taktischer Erfolge willen keine Schritte unter-

nehmen darf, die sie daran hindern, ihre strategische Orientierung — Verankerung im Proletariat, Verwirklichung der führenden Rolle des Proletariats gegenüber den kleinbürgerlichen Bündnisschichten usw. — zu erfüllen. Daraus ergeben sich für die Partei im wesentlichen zwei Möglichkeiten, sich politisch gegenüber diesen kleinbürgerlichen Listenbildungen zu verhalten:

a) Wir können sie rechts liegen lassen, ideologisch bekämpfen, uns aber auf unsere Arbeit im Proletariat, Aufbau der RGO, der Front gegen Reaktion und Faschismus usw. konzentrieren. Dabei können wir davon ausgehen, daß die wirklich linken Kräfte in diesen kleinbürgerlichen Sammelsurien sich in dem Maße der Partei zuwenden werden, in dem es der Partei gelingt, stärkeren Einfluß in der Arbeiterklasse zu erringen: Denn alles spricht dafür, daß diese kleinbürgerlichen Wahlvereine eine vorübergehende Erscheinung sind, die keine ausreichende Stabilität besitzen bzw. gewinnen können, um auf längere Sicht den tatsächlich fortschrittlichen Teil des städtischen Kleinbürgertums zu binden.

b) Wir können versuchen, uns massiv in diese kleinbürgerlichen parlamentarischen Bestrebungen einzumischen mit dem Ziel, die Führung zu übernehmen und den kleinbürgerlichen Einfluß zurückzudrängen. In einer Reihe von Städten könnte das durchaus Aussicht auf Erfolg haben. Für die Partei, vor allem auch für ihre Leitungen und Kader wäre das aber eine große Anstrengung. Die Partei ist bei ihrer gegenwärtigen relativen Schwäche nicht in der Lage, solche eine taktische Aufgabenstellung so „nebenbei“ zu erfüllen. Faktisch würde ein solches Vorhaben dazu führen, daß die Partei

sich nicht mehr auf ihre Arbeit unter den proletarischen und halbproletarischen Massen konzentriert, sondern hauptsächlich unter Kleinbürgern arbeitet. Darum kann und darf die Partei (von Ausnahmen abgesehen, wenn die Bedingungen für die Partei besonders günstig sind) sich auf eine solche Taktik zur Zeit nicht einlassen.

Im übrigen, wenn wir schon von unserer Arbeit unter den Bündnispartnern des Proletariats sprechen, so liegt es doch wohl nahe, daß wir unsere Kräfte dabei auf den nächsten Bündnispartner konzentrieren. Dazu aber heißt es im Programm unserer Partei wörtlich:

„Trotz aller Veränderungen der sozialen Struktur in der Bundesrepublik und Westberlin sind die werktätigen Bauern nach wie vor der nächste und im Kampf entschlossenste Bündnispartner des Proletariats. Indem die modernen Revisionisten und verschiedene Opportunisten Schichten des städtischen Kleinbürgertums, vor allem die kleinbürgerliche Intelligenz, an die Stelle der Bauern setzen, versuchen sie, die Arbeiterklasse von ihrem engsten Kampfgenossen zu trennen und damit die Kräfte der sozialistischen Revolution zu schwächen“.

Das steht da ja nicht umsonst. Diesem Absatz liegt eine Analyse zugrunde, die sich in der Praxis durchaus bestätigt

hat. Denn dort, wo die Genossen die Landarbeit angepackt haben, wie im Landesbezirk Weser-Ems, zeigen sich durchaus Erfolge. Von hier aus, in der Unterstützung der Forderungen der werktätigen Bauern zum Beispiel gegen den Bau von Kernkraftwerken, greifen wir — wenn überhaupt — am besten in die Antikernkraftbewegung ein. Das hat die Partei zum Beispiel in Brokdorf versucht. Daß die anfänglich guten Beziehungen der Partei zu den Bauern in der Folge durch das Auftreten der Spontis, Anarchos, Provos usw. kaputtgemacht wurden, steht dabei auf einem anderen Blatt.

Jedenfalls ist neben den Hauptschwerpunkten unserer Massenarbeit, dem Aufbau der RGO und der Front gegen Reaktion und Faschismus, vor allem für Landesbezirke mit stark ländlichem Anteil, der Aufbau bzw. die Unterstützung der Revolutionären Landvolkbewegung von großer Bedeutung. Geht es dabei doch nicht nur um das Aufgreifen der Probleme der Klein- und Mittelbauern, sondern genauso um die Arbeit im, die Zahl der Bauern weit übersteigenden, Halbproletariat und der auf dem Lande wohnenden Proletariat. Hier ergibt sich eine enge Verbindung mit dem Aufbau der RGO.

Daraus folgt nun nicht, daß wir uns gegenüber den Grünen, den Bunten, den Alternativen etc. passiv verhalten sollen. Wir müssen ihnen gegenüber zweifellos politisch wesentlich offensiver als bisher auftreten, vor allem feindliche Ideologien wesentlich schärfer als bisher entlarven und zurückweisen. Das gilt selbstredend auch für die der Zirkel, Spontis etc.

Genossinnen, Genossen, eines müssen wir unbedingt sehen: Wenn es uns nicht gelingt, einen ganz klaren Trennungsstrich politisch wie ideologisch zwischen unserer Partei und dem kleinbürgerlichen Zirkel- und Spontisumpf zu ziehen, wird es uns schwerlich gelingen, uns tiefer in der Arbeiterklasse, in den werktätigen Massen zu verankern. Zwar kennen die Kollegen im allgemeinen so ungefähr den Unterschied zwischen uns und den modernen Revisionisten der DKP („Die sind für Moskau“), doch die Unterschiede zwischen uns, der KPD/ML, und sagen wir mal dem KBW, dem KB, der GRF usw. sind für sie böhmische Dörfer. Das ist für sie linke Szene: Studenten, Intellektuelle, Maoisten, Chaoten etc., denen sie zutiefst mißtrauen, mit denen sie — zu

Recht — nichts zu tun haben wollen. Und die Bourgeoisie unterstützt diese Anschauung, indem sie verallgemeinert und abfällig von den sogenannten K-Gruppen spricht.

Um uns weiter im Proletariat zu verankern, ist es notwendig, daß die Arbeiterklasse in uns eine Arbeiterpartei sieht. Deshalb müssen wir alles unterlassen, was die Partei in den Augen der Arbeiter in die Nähe des kleinbürgerlichen, subkulturellen, chaotischen Milieus rücken könnte, dem diese parteifeindlichen, revisionistischen Spalterorganisationen entstammen, dem sie verhaftet sind. Das offene Auftreten des chinesischen Revisionismus, die dadurch bestehende Gefahr, von den Kollegen mit dessen Anhängern und Nachbarn in einen Topf geworfen zu werden, machen eine klare Abgrenzung unbedingt notwendig.

Nun kann die Hauptmethode der Abgrenzung nicht darin liegen, viele kluge, theoretisch hochgestochene Artikel zu schreiben, die die Kollegen doch nicht lesen, sondern darin, im täglichen Klassenkampf, durch unser eigenes vorbildliches Auftreten und Verhalten als Kommunisten, das Vertrauen der Kollegen zu gewinnen. Denn „erst der Kampf erzieht“, wie der Genosse Lenin sagte, „die ausgebeutete Klasse, erst der Kampf gibt ihr das Maß ihrer Kräfte, erweitert ihren Horizont, steigert ihre Fähigkeit, klärt ihren Verstand auf, stählt ihren Willen“. Das heißt, erst im Kampf überzeugen sich die Kollegen auch von der Richtigkeit der Politik der Partei, ihrer Losungen und Direktiven.

Natürlich heißt das nicht, theoretische Artikel zu wichtigen politischen und ideologischen Fragen, unsere marxistisch-leninistische Analyse der bestehenden Verhältnisse, die sich daraus ableitenden Fragen der Strategie und Taktik etc. etwa gering zu schätzen. Im Gegenteil. Eine Verbesserung dieser Arbeit in unseren Publikationen, sei es im „Roten Morgen“, im „Weg der Partei“ oder im „Funktionärsorgan“ ist unbedingt erforderlich. Solche Artikel sind unter anderem notwendig, um unsere Genossen zu schulen, ihr marxistisch-leninistisches Niveau zu erhöhen, damit sie parteifeindlichen, antimarxistisch-leninistischen Auffassungen, wie sie zur Zeit en masse in der „linken Szene“ verbreitet werden, wirksam und offensiv entgegen treten können.

Die Partei hat in den letzten



Trotz aller Veränderungen der sozialen Struktur in der Bundesrepublik und Westberlin sind die werktätigen Bauern nach wie vor der nächste und im Kampf entschlossenste Bündnispartner des Proletariats (Programm der KPD/ML).

Monaten, wie zuvor schon bei den Betriebsratswahlen, auch bei den Vertrauensleutewahlen sowie beim Aufbau der RGO weitere Erfolge errungen. Die Arbeit in der Gewerkschaft hat sich verbessert. In den meisten Landesbezirken wurden inzwischen die Neuwahlen in der Partei erfolgreich durchgeführt, wobei sich auch die proletarische Zusammensetzung der Leitungen weiter verbessert hat. Dennoch gibt es auch weiterhin Schwächen im politischen, ideologischen und organisatorischen Bereich. Es ist ja nicht so, daß die Partei im luftleeren Raum existiert. Auf sie wirken ständig falsche, antimarxistisch-leninistische parteifeindliche Auffassungen ein. Ständig gilt es, einen Kampf sowohl gegen rechte als auch „linke“ Abweichungen zu führen. Wobei die größte Gefahr immer die ist, wie der Genosse Stalin sagte, die man vergißt. Dabei ist es wichtig, entstehende Gefahren möglichst schon im Ansatz zu bekämpfen und nicht zu warten, bis sie sich zu einer Linie, einer Plattform entwickelt haben. Wo zeigen sich zur Zeit Schwächen, Abweichungen in der Partei, auf die es zu achten, die es zu bekämpfen gilt? Da ist zum Beispiel:

1.) Das immer noch nicht überwundene Sektierertum, das uns daran hindert, uns eng mit den Massen zu verbinden. Es ist doch klar, daß die Partei die Klasse nicht führen kann, wenn sie nicht eng mit den parteilosen Massen verbunden ist. Was uns in vielen Betrieben erfolgreich gelungen ist, nämlich eine bessere Verbindung, ein engeres Verhältnis zu den Kollegen herzustellen, damit hapert es in den Stadtteil- bzw. Ortszellen noch. Manche Genossen scheuen sich einfach zum Beispiel über den Aufbau der Front gegen Reaktion und Faschismus, über aktuelle Ereignisse eine engere Verbindung zu ihren Nachbarn, zu den Menschen in ihren Wohngebieten herzustellen.

Sicher war es für manchen kleinbürgerlichen Genossen früher leichter, als Genosse unter Genossen, als Kommunist unter Kommunisten während einer Parteidemonstration die Fahne zu schwenken, als heute als Genosse, als Kommunist unter den Massen zu arbeiten. Nun, das läßt sich lernen, und die Partei wird ihnen dabei helfen. Gefährlich wird es nur da, wo

die Genossen aus der Schwäche eine Tugend machen wollen. Wo sie ihre mangelnde Massenverbindung zum Beispiel mit der Begründung des Überholtheitens von Gebietszellen zu verschleiern versuchen und uns stattdessen die Errichtung von — von den werktätigen Massen völlig isolierten — Bereichszellen empfehlen. Oder wo sie unter Massen eben nur die kleinbürgerlichen Schichten der Bevölkerung, unter denen sie arbeiten wollen, verstehen. Nun, wir werden sicher auf diese Erscheinungen, wie auf die folgenden, noch näher eingehen.

2. Ein weiterer Fehler ist — wie schon gesagt — ein Untertauchen in den Massen, ein Anhängen an die spontane Bewegung. Dazu sagte der Genosse Stalin:

„Die Partei kann keine wirkliche Partei sein, wenn sie sich darauf beschränkt, zu registrieren, was die Masse der Arbeiterklasse empfindet und denkt, wenn sie hinter der spontanen Bewegung einhertrötet... Die Partei muß der Arbeiterklasse voraus sein, sie muß weiter sehen als die Arbeiterklasse, sie muß das Proletariat führen“.

Seitdem die Gewerkschaftsarbeit in Gang gekommen ist, verzichten einige Genossen darauf, die Politik der Partei zu propagieren, sie ihren Kollegen nahezubringen. Die Klasseninteressen der Bourgeoisie führen unvermeidlich zu dem Bestreben, die Gewerkschaften auf eine eng begrenzte Kleinarbeit auf dem Boden der bestehenden Ordnung zu beschränken, sie von jeder Verbindung mit dem Sozialismus fernzuhalten. Unsere Aufgabe dagegen muß es sein, mit der gebotenen Vorsicht, ohne Hast und taktloses Vorgehen, in der Gewerkschaft unbeirrt im Geiste ihrer immer größeren Annäherung an die Positionen unserer, der Kommunistischen Partei zu arbeiten.

Stattdessen gibt es die Tendenz, in der Gewerkschaftsbewegung — ohne RGO, ohne Partei — aufzugehen. Ein gewisses Zurückweichen zeigt sich auch im eigenständigen Auftreten der Partei. Beispielsweise erscheinen die Betriebsparteizeitungen nicht mehr so oft und regelmäßig wie früher. Einige Agitproptrupps haben offensichtlich vergessen, daß es

Fortsetzung auf Seite 10



Gerade jetzt, angesichts kommender Jahre verschärfter Klassenkämpfe, angesichts der Fülle von Aufgaben, die vor der Partei stehen, brauchen wir ihre Geschlossenheit und eiserne Disziplin. „Die eiserne Disziplin der Partei aber ist“, wie der Genosse Stalin sagte, „undenkbar ohne die Einheit des Willens, ohne die völlige und unbedingte Einheit des Handelns aller Parteimitglieder.“

Der nächste Bündnispartner des Proletariats

Fortsetzung von Seite 9

ihre Hauptaufgabe ist, direkt und unmittelbar in den Klassenkampf einzugreifen und zwar so, daß ihre Szenen, Lieder, Skizzen dazu beitragen, die Werktätigen an die Positionen der Partei, der Revolution heranzuführen u.a.m.

3.) Womit wir bei einem weiteren Fehler sind, dem Nachlassen der Einhaltung von Beschlüssen, der Parteidisziplin bei einigen Genossen. Ja, es ist vereinzelt sogar vorgekommen, daß Genossen die Prinzipien des Demokratischen Zentralismus schlichtweg in Frage gestellt haben. Das mag bei einigen wenigen dieser Genossen an Unkenntnis liegen, und man muß ihnen helfen, diese zu überwinden. Manche, vor allem kleinbürgerliche Genossen, sind auch infolge der von der Partei früher gemachten Fehler, der falschen Einschätzung der VR Chinas und Mao Tsetungs, des zeitweiligen ultralinken Kurses verunsichert und stellen jetzt alles in Frage, begegnen den Beschlüssen der Leitungen bis zum ZK mit Mißtrauen und neigen — wie gesagt — zur Disziplinlosigkeit.

Sie sehen einfach nicht oder wollen es nicht sehen, daß es doch gerade dieses Zentralkomitee, die jetzige Führung der Partei war, die diese Fehler aus eigenem Antrieb korrigierte, die eben nicht, wie die Zirkel vom Schlage der GRF und des KBW, sich opportunistisch den revisionistischen chinesischen Positionen anpaßt. Daß es dieses Zentralkomitee, dieses Politbüro war, das für die Partei eine korrekte, langfristige Strategie und Taktik entwickelte.

Einige Genossen haben auch aus der berechtigten Kritik, der Korrektur der Führungsmethode des Administrations früherer Jahre, des Nichtentfaltens der Eigeninitiative der Parteizellen und unteren Leitungen den falschen Schluß gezogen, nun sei alles erlaubt. Sie vergessen dabei, daß es sich hier um die dringend notwendige Entfaltung der Eigeninitiative — aber eben auf der Grundlage des Programms, des Statuts der Partei, ihrer grundlegenden Beschlüsse und Resolutionen — handelt. Die Partei zeichnet sich doch gerade durch ihren einheitlichen Willen, ihr einheitliches Handeln aus.

„Die Diktatur des Proletariats zu erobern und zu behaupten ist unmöglich ohne eine Partei, die durch ihre Geschlossenheit und eiserne Disziplin stark ist“.

Diese Worte Stalins sind heute, wo in „linken“ Kreisen alle möglichen Partei- oder Nichtpartei-Konzepte diskutiert werden, aktueller denn je. Und wir fügen die Worte Lenins hinzu: „Wer auch nur im geringsten die eiserne Disziplin der Partei des Proletariats schwächt, der hilft faktisch der Bourgeoisie gegen das Proletariat“. Genossen, die hier Unklarheiten haben, muß man kameradschaftlich helfen, diese zu überwinden. Elemente aber, die die Beschlüsse der Partei sowie ihre politische und ideologische Linie, die die Erfahrungen der internationalen marxistisch-leninistischen Bewegung in Frage stellen und ablehnen; die sich gegen den Aufbau der RGO und der Front gegen Reaktion und Faschismus wenden; die mit der wahrheitswidrigen, sophisti-

schen Behauptung, es fände in der Partei eine „Intellektuellenhatz“ statt, versuchen, Unruhe und Zwietracht zu säen; die Gerüchte und parteiwidrige Auffassungen verbreiten; die sich gegen die proletarischen Leitungen wenden und diese mit intellektuellem Geschwätz zu verunsichern suchen; die praktisch die führende Rolle des Proletariats leugnen, gehören aus der Partei hinausgesäubert, wenn sie es nicht vorziehen, schon vorher auszutreten. Hier ist jeder Liberalismus fehl am Platz.

Wie bekannt, hat es in letzter Zeit einige Austritte von vor allem kleinbürgerlich intellektuellen Genossen aus der Partei gegeben. War der Grund für den Austritt eine gewisse Resignation, ein Zurückweichen im Klassenkampf, so ist das zwar nicht gerade mutig, die Partei wird sie aber nicht als ihre Feinde betrachten. Denjenigen aber, die ihren Austritt mit einer angeblich falschen Linie der Partei begründen, der sie zum Austritt gezwungen habe, antworten wir mit Lenin:

„In unserer Partei nimmt die Bedeutung der Intellektuellen ab: von überall wird berichtet, daß die Intelligenz die Partei fluchtartig verläßt. Soll es sich fortschreiten, dieses Gesindel. Die Partei säubert sich von kleinbürgerlichem Unrat. Immer mehr machen sich die Arbeiter ans Werk. Es wächst die Rolle des Berufsrevolutionärs aus der Arbeiterschaft“.

Jedermann weiß, daß in der Partei der Klassenstandpunkt der Genossen entscheidend ist als ihre Klassenherkunft. Nur ist dieser Standpunkt bei proletarischen Genossen eher vorhanden und ausgeprägter als bei Genossen aus dem Kleinbürgertum. Das heißt, daß letztere sich mehr bemühen müssen, und daß es ihnen schwerer fällt, sich voll auf den Standpunkt des Proletariats zu stellen. Das heißt, daß sie jedwede intellektuelle Überheblichkeit abzulegen und ihre Fähigkeiten voll in den Dienst der Arbeiterklasse zu stellen haben.

Es hat hervorragende intellektuelle Genossen, Genossen kleinbürgerlicher und bürgerlicher Herkunft in der kommunistischen Bewegung gegeben. Es gibt sie auch in unserer Partei. Aber es gibt auch andere, die auf die eine oder andere Art in die Partei gelangten, die in sie den Geist des Schwankens und des Opportunismus, den Geist der Zersetzung und der Unsicherheit hineintragen. Lenin, der ja selbst ein Intellektueller war, hat diese Art kleinbürgerlicher Nörgler, Kritiker und Schwätzer entschieden bekämpft und ihre Hinaussäuberung aus der Partei verlangt. Kein ehrlicher, revolutionärer, intellektueller Genosse der Partei wird sich getroffen fühlen, wenn kleinbürgerliche Schwächen in der Partei kritisiert werden, den Schuh zieht sich der an, dem er paßt.

Gerade jetzt, angesichts kommender Jahre verschärfter Klassenkämpfe, angesichts der Fülle von Aufgaben, die vor der Partei stehen, brauchen wir ihre Geschlossenheit und eiserne Disziplin. „Die eiserne Disziplin der Partei aber ist“, wie der Genosse Stalin sagte, „undenkbar ohne die Einheit des Willens, ohne die völlige und unbedingte Einheit des Handelns aller Parteimitglieder“. Handeln wir so, werden wir siegen!

Albanien im 35. Jahr der Befreiung

Wo ein Arbeiter so wie ein Minister ver-

Sechs Wochen lang reiste ein Redakteur des „Roten Morgen“ kreuz und quer durch das sozialistische Albanien. In den bisher erschienenen Folgen seiner Reportage berichtete er über eine Brigaderversammlung im Enver-Werk, den Bau des großen Wasserkraftwerks „Licht der Partei“ und die Schule „7. November“ in Tirana. In dieser Folge geht es nun um die Bergarbeiter in Albanien.

Die Bergleute sind das Rückgrat der Arbeiterklasse. So jedenfalls haben es mir die Kumpels von Valias gesagt, als ich sie auf ihrer Zeche besuchte. Ich will nicht verschweigen, daß mir der Eisenbahner Shefqet, den ich in Durrës traf, das gleiche über seine Berufsgruppe sagte, wobei er ebenso wie die Kumpels Karl Marx als Zeugen ins Feld führte. Wer da auch immer Recht haben mag — eine Tatsache jedenfalls ist, daß die Bergleute in der albanischen Gesellschaft eine besondere Stellung einnehmen.

Das beginnt schon damit, daß sie sozusagen Veteranen der Arbeiterklasse sind. Gefördert wurde nämlich in Albanien auch schon vor der Befreiung vor 35 Jahren, als es dort noch keine Eisenbahn, keine Maschinenfabrik und im Grunde noch gar keine richtige Industrie gab. Allerdings muß dazu gesagt werden — um die wirklichen Verhältnisse klarzustellen — daß zu jener Zeit die Kohleförderung gerade ein Hundertstel der heutigen ausmachte. Und heute wird in den etwa hundert Bergwerken des Landes nicht nur die Kohle, sondern auch Kupfer, Chrom, Eisen und anderes Mineral zutage gefördert. Eines dieser Bergwerke ist die Kohlenzeche Valias.

Vor einem Jahrzehnt noch haben sich hier an der Straße von Tirana nach Kruja die Weizenfelder einer Genossenschaft erstreckt. Jetzt bestimmt

neben dem Förderturm vor allem die moderne Kohleaufbereitungsanlage das Bild der kleinen Ebene nordöstlich der Hauptstadt. Und neben den Industrieanlagen liegt eine kleine Bergarbeiterstadt. Genau gesagt ist diese Stadt noch kein richtig vollwertiger Ort. Denn es fehlt noch das, was in Albanien auch im kleinsten Dorf den Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens bildet: der Kulturpalast, in dem die verschiedensten Aktivitäten der Freizeit organisiert werden.

„Mit dem Bau haben wir jetzt schon begonnen“, sagt der Hauer Vasil, „vorläufig spielt sich unser kulturelles Leben noch in der Kantine der Zeche ab“. Und wer wohnt in der Siedlung? Überwiegend sind es Jungesellen, die meisten der verheirateten Arbeiter kommen aus dem nahegelegenen Tirana. Sie brauchen für die Busfahrt übrigens nur 70 Prozent des ohnehin schon niedrigen Tarifs zu zahlen. Und über die Mieten von Valias erfahre ich eine noch erstaunlichere Tatsache: eine Zweizimmerwohnung mit Küche, Bad und Flur kostet nur einen Tageslohn als Miete.

„Der Mensch ist das kostbarste Gut“

Hier in Valias wie auch in den anderen Bergwerken des Landes hat die Arbeitssicherheit den absoluten Vorrang vor allen anderen Dingen. Einer der Ingenieure, mit denen ich spreche, zitiert dazu Stalin. „Der Mensch ist das kostbarste Gut“, hat Genosse Stalin gesagt. Danach handeln wir auch hier. Zuallererst kümmern wir uns immer um die Sicherheit. Wir haben auf unserer Zeche zum Beispiel eine eigene Brigade

gebildet, die ausschließlich für Sicherheitsfragen da ist. Ihr gehören sowohl Ingenieure wie auch Arbeiter an. Und außer dieser Brigade gibt es noch sieben weitere Ingenieure, die sich nur um die Sicherheit kümmern“.

Die Flöze in Valias liegen nur 200 bis 300 Meter tief. Ein ausgefeiltes Lüftungssystem sorgt für eine gute Bewetterung. Aber natürlich bildet sich auch hier Methangas. „Wir haben überall Meßgeräte installiert“, sagt der Ingenieur, „bei zwei Prozent Gas ist die kritische Grenze. Dann wird sofort und unwiderruflich der Schacht geräumt. Aber dazu müßte nicht erst unsere Sicherheitsbrigade auffordern. Das machen die Arbeiter von sich aus. Niemals würden sie weiterarbeiten, wenn die kritische Grenze erreicht ist“.

Der Betrieb von Valias wird nicht durch Profitgesetze diktiert, sondern von den Interessen der Arbeiter. Und das bedeutet zum Beispiel auch, daß Sicherheitsvorschriften nicht nur auf dem Papier stehen, sondern ohne die kleinste Einschränkung durchgeführt werden. Das Ergebnis: In den sieben Jahren seit Aufnahme der Förderung hat es in Valias weder eine Schlagwetterexplosion, noch einen Wassereinbruch, noch überhaupt einen schweren Unfall gegeben.

„Man muß in diesen Fragen auch eine regelrechte Erziehung durchführen“, sagt der Ingenieur. „Angenommen, ein neuer Arbeiter fängt bei uns an. Die ersten fünf Tage dienen ausschließlich dazu, daß er sich mit den Bedingungen unter Tage und den Problemen der Sicherheit bekanntmacht. Während dieser Zeit darf er nicht arbeiten. Oder eine andere Sache. Natürlich gibt es bei uns wie anderswo auch den sozialistischen Wettbewerb zwischen den verschiedenen Brigaden. Aber niemals kann eine

Brigade in diesem Wettbewerb eine Fahne gewinnen, wenn bei ihrer Arbeit auch nur der kleinste Unfall geschehen ist. Auch dadurch wird den Genossen klargemacht, daß es völlig unzulässig ist, die Produktion auf Kosten der Sicherheit zu erhöhen“.

„Einer für alle — alle für einen“

Der Kumpel Besim ist ein alter Hase. Er arbeitet schon 14 Jahre unter Tage und ist einer derjenigen, die schon mehrmals ihren Arbeitsplatz gewechselt haben. Nicht aus irgendeiner Not, sondern um in den neu erschlossenen Zechen seine Erfahrungen einzubringen. Und dazu gehört, wie Besim betont, an erster Stelle auch die Sorge um die „Neuen“, die jungen Kollegen, die noch keine Praxis in dieser schwierigen Arbeit haben. Auch das ist übrigens ein Kennzeichen nicht nur für die albanischen Bergwerke. Überall findet der junge Arbeiter hier die älteren erfahrenen Kollegen, die sich seiner annehmen, ihn in jeder Hinsicht unterstützen und ihm den Weg in der noch ungewohnten Umgebung erleichtern.

Gearbeitet wird unter Tage nach einer kollektiven Norm. „Einer für alle, alle für einen — das ist unser Prinzip“, sagt Besim. Und auch hier ist es so, daß die Kommunisten vorangehen. Nicht nur bei der Politik, sondern ganz konkret in der Arbeit. Man findet sie stets dort, wo die schwierigsten Bedingungen zu bewältigen sind. Und es kommen sogar Genossen, die eigentlich nichts mit dem Bergwerk zu tun haben. Mein Dolmetscher zum Beispiel, der Genosse Ilir, hauptberuflich Redakteur von „Zëri i Popullit“, hat auch einen Teil seiner dreijährigen Kandidatenzeit für die Parteaufnahme hier vor Ort,



Blick in die Kantinenküche. Die Bergarbeiter zahlen für die Lebensmittel; die Kosten für Personal und Unterhaltung der Kantine trägt der Staat.

Reportage Ziel Gradient

verbracht.

Im Förderturm bekomme ich noch einmal einen Anschauungsunterricht in punkto Sicherheit. Die Körbe, so erklären mir die Genossen, können das 17fache des Gewichts, mit dem sie tatsächlich belastet sind, aushalten. Vom Förderturm führt übrigens ein überdachter Gang in die Waschkauen. So sind die Kumpels, wenn sie nach der Schicht ausfahren, nicht großen Temperaturschwankungen ausgesetzt. Obwohl bei einer Tiefe bis zu 300 Metern und einem Luftzug von sieben Metern pro Sekunde unter Tage die Temperaturen lange nicht so hoch sind wie bei uns. Aber immerhin, vor allem im Winter wissen es die Arbeiter zu schätzen, daß sie nicht aus dem Schacht in die Kälte hinaus müssen.

In den Kauen stehen in langen Reihen ihre Spinde. Das Arbeitszeug darin wird nicht nur vom Betrieb gestellt, sondern auch kostenlos gewaschen und repariert. Und bevor die Kumpels dann endgültig den Betrieb verlassen, gehen sie noch durch einen Bestrahlungsraum. Dort können sie auf künstlichem Weg die Sonnenstrahlen tanken, die ihnen unter Tage verlorengegangen sind.

Vergünstigungen für die Bergarbeiter

Überhaupt, die Erhaltung der Gesundheit wird hier großgeschrieben. Jeden Tag bekommen die Kumpels kostenlos einen halben Liter Milch. Und es finden ständig ärztliche Untersuchungen statt. Jedes halbe Jahr zum Beispiel gibt es eine gründliche Kontrolle auf Herz und Nieren. So können Anfänge von Krankheiten frühzeitig erkannt und die notwendigen Maßnahmen eingeleitet werden. „Zur gesundheitlichen Vorsorge“, sagt



Bergarbeiter von Valias bei einer politischen Diskussion

Besim, „gehört natürlich auch der Urlaub. Wir, die wir unter Tage arbeiten, haben doppelt soviel Urlaub wie normale Werktätige. Und noch etwas. Für uns Arbeiter organisiert ja die Gewerkschaft Urlaubsaufenthalte in den vielen Erholungsheimen am Meer oder in den Bergen. Die Kosten dafür sind minimal, fast nur symbolisch. Und während die anderen Werktätigen jedes zweite Jahr die Möglichkeit für einen solchen Urlaub bekommen, haben wir jedes Jahr Anspruch darauf.“

Eine weitere Vergünstigung, mit der die sozialistische Gesellschaft den harten Bedingungen der Arbeit unter Tage Rechnung trägt, ist die Tatsache, daß Bergleute, die mehr als zehn Jahre in ihrem Beruf gearbeitet haben, mit 50 Jahren auf Rente gehen können. Sie bekommen dann 85 Prozent ihres Lohnes weitergezahlt.

Lohn wie ein Minister

Und wie steht es mit dem Lohn? Ich hatte schon früher gehört, daß die Bergleute in der albanischen Lohnskala eine Spitzenstellung einnehmen, im Gegensatz zu unserem Land, wo die Kumpels in den letzten

Jahrzehnten immer tiefer gerutscht sind. Besim bestätigt das. „Ich bekomme zum Beispiel 1.150 Lek“, sagt er. „Zum Vergleich: Ein Ingenieur liegt bei 900 Lek. Mein Lohn entspricht dem, was bei uns ein stellvertretender Minister bekommt.“

Gewiß, ich bin in Albanien. Aber dennoch muß ich das erst einmal verdauen. Ein einfacher Arbeiter, der das gleiche Einkommen bezieht wie ein Minister. Das ist auch für ein sozialistisches Land keine Selbstverständlichkeit. Die Albaner jedoch sind konsequent darangegangen, die Forderung zu verwirklichen, die Lenin aus den Erfahrungen der Pariser Kommune abgeleitet hat: daß nämlich das Gehalt eines Kaders sich am Facharbeiterlohn orientieren sollte. Natürlich gibt es in Albanien keinen Einheitslohn. Es gilt das Prinzip, daß jeder nach seinen Leistungen bezahlt wird. Und dazu gehört auch, daß der jeweils höher qualifizierte Werktätige einen höheren Lohn bekommt als sein weniger qualifizierter Kollege. Aber diese Differenzen bewegen sich in einem solchen Rahmen, daß das höchste Einkommen nur doppelt so hoch ist wie das niedrigste.

Und noch ein anderer

Gesichtspunkt spielt eine Rolle, wie man gerade am Beispiel Besims sehen kann. Selbstverständlich ist der Ingenieur, den er als Vergleich angeführt hat, höher qualifiziert. Aber er, Besim, leistet eine besonders schwere Arbeit. Und das zählt eben in Albanien auch besonders für die Entlohnung. Nicht nur bei den Bergleuten. Das gleiche habe ich auch im Eisenhüttenkombinat von Elbasan festgestellt. Die Hochofenarbeiter, die ich dort befragte, und die ja auch eine besonders schwere Arbeit zu verrichten haben, waren ähnlich eingestuft wie die Kumpels von Valias – nicht nur im Lohn, sondern auch in den anderen Dingen wie Urlaub und Rente.

Es ist also durchaus richtig zu sagen, daß die Bergarbeiter in Albanien eine besondere Stellung einnehmen. Unter Bedingungen, die weitaus härter sind als die für ihre Kollegen in den Fabriken, fördern sie das Erz oder die Kohle zutage. Gewiß, das gilt auch für die Kumpels an der Ruhr oder an der Saar. Der Unterschied ist eben nur, daß die sozialistische albanische Gesellschaft es ihren Bergarbeitern auch zu danken weiß.

In der nächsten Ausgabe lesen Sie: „Wie aus der Moschee von Durres ein Jugendpalast wurde.“

Portugal

III. Parteitag der KPP(W) abgeschlossen

Interview mit einem deutschen Teilnehmer

Am 1. Juli fand im Campo Pequeno die Abschlußveranstaltung des III. Parteitags der Kommunistischen Partei Portugals (Wiederaufgebaut) statt. Über 10 000 Teilnehmer feierten den Sieg der Partei über eine Gruppe Fraktionisten, die versucht hatte, die revolutionäre Politik der Partei zu untergraben. Der „Rote Morgen“ berichtete darüber.

Dieser Parteitag wurde zu einem großen Erfolg und zu einem Beweis der engen Verbundenheit der marxistisch-leninistischen Parteien. Zahlreiche Delegationen, darunter auch eine unserer Partei, nahmen daran teil.

Im folgenden ein kurzes Interview mit einem Mitglied der Delegation unserer Partei.

Frage: Wie war der Gesamteindruck der Veranstaltung, wer waren die Teilnehmer?

Antwort: Der Gesamteindruck war sehr gut. Bei den Teilnehmern fielen mir vor allem die vielen Landarbeiter, zum Beispiel aus dem Alentejo (eine Gegend, wo ein besonders harter Kampf um die Landreform geführt wird) auf. Insgesamt war sehr deutlich zu sehen, daß es das Proletariat und seine Partei waren, die hier gefeiert haben.

Frage: Wie schätzt die portugiesische Partei die politische Lage ein?

Antwort: Die Regierung von Eanes steht an der Spitze der Bestrebungen, jene Errun-

genschaften wiederabzubauen, die sich das Volk in der Revolution vom 25. April 74 erkämpft hat. Das geschieht in allen Bereichen des Lebens. Aber es gibt auch überall Widerstand. Deshalb sieht es die Partei als ihre Hauptaufgabe an, die Volksfront zur Verteidigung dieser Errungenschaften aufzubauen.

Frage: Welche weiteren Aufgaben ergeben sich daraus?

Antwort: Vor allem muß die Volksfront geschaffen werden, mit der UDP (Demokratische Volksunion) als Kern, der demokratischen Massenorganisation, die von der Partei geführt wird.

Weiter ist es besonders wichtig, die Arbeit des kommunistischen Jugendverbandes zu stärken, der unter der Wührarbeit der Fraktionisten gelitten hat.

Denn es ist so, daß die Jugend besonders bereit ist, gegen den Kurs der Regierung zu kämpfen. Dafür wurden auf dem Parteitag Grundlagen gelegt und erste Schritte gemacht.

Thatcher will Regierung Muzorewa anerkennen

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher gab bekannt, sie wolle die aus den Scheinwahlen vom April in Zimbabwe (Rhodesien) hervorgegangene Regierung Muzorewa anerkennen. Voraussetzung dafür sei, daß sich genügend andere Staaten anschließen. Das erklärte sie am 2. Juli in Canberra und lud Muzorewa nach London ein.

Damit will sich die britische Premierministerin an die Spitze der Bestrebungen verschiedener westlicher imperialistischer Staaten stellen, dieses Marionettenregime der weissen Rassi-

sten anzuerkennen.

Muzorewa besucht gegenwärtig Washington. Auch die Regierung der USA hat schon „ermutigende Entwicklungen“ in Richtung Demokratie in Zimbabwe ausgemacht.

Muzorewa arbeitet währenddessen an seiner Aufgabe, die Herrschaft der Rassisten wieder zu festigen. Bei einem Geheimbesuch in Südafrika verhandelte er mit den südafrikanischen Rassisten über Waffenhilfe im Kampf gegen die Patriotic Front Zimbabwes und über wirtschaftliche Zusammenarbeit.

China: Kanonen statt Butter!

Der chinesische Volkskongreß hat für 1979 eine drastische Erhöhung der Militärausgaben beschlossen. Nachdem bereits im Vorjahr rund 20 Milliarden Mark für Rüstung ausgegeben wurden, sollen es dieses Jahr sogar 26 Milliarden werden. Laut der chinesischen Nachrichtenagentur „Xinhua“ erklärte der Finanzminister Zhang Jingfu vor dem Volkskongreß, ein Teil der Mehrausgaben sei durch die —

von ihm so genannte — „Selbstverteidigungsaktion“ gegen Vietnam vom Anfang des Jahres bedingt.

Während die chinesischen Sozialimperialisten so ihre Aufrüstung ständig steigern und ihre Nachbarländer mit Aggressionen überziehen, muß gleichzeitig derselbe Volkskongreß zugeben, daß im Lande Hunger und Arbeitslosigkeit herrschen.

USA bekräftigen Kriegsdrohung

US-Verteidigungsminister Brown bekräftigte jetzt die Drohung der USA-Regierung, „notfalls“ einen Krieg ums Öl zu führen.

Neben den Plänen, eine spezielle Einsatztruppe zu schaffen (siehe „Roter Morgen“ Nr. 26) betonte Brown, auch heute sei bereits ein Eingreifen der Luftwaffe in zwei Tagen, des Heeres und der Marine in acht bis zehn Tagen möglich. Bereits beschlossen haben die USA, die Verstärkung ihrer Flotte im Mittleren Osten um

zwei Zerstörer sowie die Zahl der Manöver und Flottenbesuche in diesem Raum zu erhöhen.

US-Präsident Carter bekräftigte zur selben Zeit bei seinem Besuch in Südkorea, daß die amerikanischen Truppen in bisheriger Stärke dort bleiben werden.

Trotz der Menschenrechtskampagne des Apostels Carter also die alte, offene Welt-herrschaftspolitik im Mittleren wie im Fernen Osten.



In der Anreicherungsanlage des Bergwerks. Hier sind fast ausschließlich Frauen beschäftigt.

TCDD aus der Chemiefabrik Böhlinger Demnächst Seveso in Hamburg?

Die Hamburger Chemiefabrik H. C. Böhlinger hat ihre Umgebung nicht nur mit dem Umweltgift Hexachlorcyclohexan (HCH), sondern auch mit dem berüchtigten Seveso-Gift TCDD verseucht. Dies wurde vor zwei Wochen bei Wasserproben auf dem Werksgelände der Firma entdeckt.

Zwar suchte die zuständige Behörde — Behörde für „Bezirksangelegenheiten, Naturschutz und Umweltgestaltung“ — den Fall herunterzuspielen: Das Gift — so die Behörde — sei an einer Stelle gefunden worden, „die für die Trinkwassergewinnung keine Bedeutung hat“. Doch von einer Gefahr spricht auch sie.

Die Gefahr ist in der Tat erheblich. Im italienischen Seveso hatten im Juli 1976 zwei Kilogramm TCDD eine Katastrophe hervorgerufen. Als das

Gift aus einer Chemiefabrik austrat, mußten im kilometerweiten Umkreis die Häuser geräumt, 800 Menschen umgesiedelt und alle Haustiere getötet werden. Bis heute ist das Zentrum der Verseuchung Sperrgebiet. Viele Kinder wurden durch das TCDD für ihr Leben entstellt und geschädigt.

TCDD ist 500mal so giftig wie Strychnin und 70000mal so giftig wie Zyankali. Vergiftungsfolge ist die berüchtigte, fürchterlich entstellende „Chlorakne“, sowie eine Schädigung der Leber bis zur völligen Funktionsunfähigkeit.

Bei der Firma Böhlinger in Hamburg waren bereits 1954 insgesamt 31 Arbeiter mit TCDD vergiftet worden. Sie sind heute, nach 25 Jahren, noch immer fast alle in ärztlicher Behandlung. — TCDD

entsteht bei der Produktion eines Pflanzenvernichtungsmittels. Dieses Mittel hat unter anderem im Vietnamkrieg traurige Berühmtheit erlangt, wo die US-Armee es zur Entlaubung des Dschungels eingesetzt hatte.

Seit Jahrzehnten bereits vergiftet Böhlinger/Hamburg, wie erst vor einigen Monaten bekannt wurde, die Umgebung mit Hexachlorcyclohexan. 10 Kilogramm dieses Giftes verbreitete und verbreitet das Chemiewerk täglich auf Viehweiden, Schrebergartenkolonien, Wasserflächen und Gemüseanbaugelände. In der Nähe der Firma stiegen die Giftwerte bis zum 267fachen der zulässigen Höchstwerte. Bauern mußten bereits ihre Produkte vernichten; zahlreiche Landwirte und Gärtner sind in ihrer Existenz bedroht.

HCH ist übrigens das gleiche Gift, das auch im Hessischen Ried zum Umweltskandal geführt hat. Und auch die Firma ist die gleiche. H. C. Böhlinger ist eine hundertprozentige Tochter des Riedvergifterkonzerns Merck.

Täglich 4 Millionen Liter Öl ins Meer Ölpest im Golf von Mexiko

Das Leck auf dem Bohrturm „Ixtoc eins“ im Golf von Mexiko ist noch immer nicht gestopft. Seit über einem Monat fließen täglich 30 000 Barrel — 4,7 Millionen Liter — Rohöl ins Meer.

Die bisher größte Katastrophe in der Geschichte der Ölsuche im Meer begann am 3. Juni. Ein Versuch, die Sicherheitsventile der Bohrsonde 45 Meter unter der Meeresoberfläche durch Taucher schließen zu lassen, scheiterte. Die Bemühungen der Rettungsmannschaften konzentrieren sich nun vor allem darauf, das auslaufende Öl durch chemische Mittel zu binden. Insgesamt sind 500 Angehörige von Rettungsmannschaften, 22 Schiffe und 14 Flugzeuge im Einsatz.

Inzwischen wurde der Fischfang an den Küsten von Yucatan und der Bucht von Campeche offiziell untersagt. Die langfristigen Folgen der Ölpest für Plankton und Meerestiere sind noch nicht abzusehen. Nicht zuletzt auch durch die zur Bekämpfung des Öls verwendeten Chemikalien hat die Verschmutzung des Golfs einen alarmierenden Zustand erreicht.

Wolfgang Böhmer
Liebe Mitbürger!

Man hört es selten — unser Deutschlandlied. Nicht im Rundfunk, nicht im Fernsehen, fast nie im Alltag unserer Bürger. Höchstens dann, wenn wir ausländische Gäste bei uns begrüßen, die selbstverständlich ihre Nationalhymne erwarten, dann wird auch — gewissermaßen zur Begleitung der ausländischen Hymne — die deutsche Nationalhymne gespielt. Es gibt nur ein paar Schallplatten mit der Melodie, die im Handel schwierig zu erwerben sind.

Ich meine, das ist unwürdig. Unser Deutschlandlied droht in Vergessenheit zu geraten. Dabei ist es doch so großartig geeignet, das selbstverständliche demokratische Verlangen nach Einheit und Recht und Freiheit für das ganze Deutschland zum Ausdruck zu bringen: als Symbol der Gemeinsamkeit aller deutschen Demokraten. Ich kenne kein anderes Land, das seine Hymne derart mitläßt, wie das bei uns geschieht.

Wolfgang Böhmer
Mitglied des Deutschen Bundestages, CDU/CSU-Fraktion

Derwall rüstet Spieler mit Nazi-Hymne aus Fußballspielen für Großdeutschland?

Wenn die westdeutsche Fußballnationalmannschaft antritt, dann sollen die Spieler im Geiste nicht nur für die Bundesrepublik kicken, sondern für ein Deutschland „von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt“. So jedenfalls will es der Bundestrainer Jupp Derwall.

Als Instrument dient Derwall eine Schallplatte, die von den beiden CDU-Bundestagsabgeordneten Böhmer und Franke kostenlos versendet wird. Auf der Rückseite der Plattenhülle gedruckt und auf der Platte selbst gesungen findet sich der gesamte Text des „Deutschlandliedes“ einschließlich der berüchtigten ersten Strophe. Dieses Lied diente den Nazis als Hymne; „Deutschland, Deutschland über alles“ — dies hat Hitler in blutigen Kriegen, durch Terror und Massenmord zu verwirklichen versucht, darin drückt sich der Rassismus, der Herrenmenschentum der Nazis aus. „Von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt“ — das ist noch immer das aggressive chauvinistische Konzept der deutschen Militaristen und Revanchisten, das Konzept eines Habsburg

und eines Strauß.

Gegenüber dem Sex-Magazin „Playboy“ bekannte Derwall: „Mir haben gerade zwei Bundestagsabgeordnete einen sehr freundlichen Brief geschrieben und 30 Schallplatten mit der Nationalhymne beigelegt. Die werde ich demnächst jedem Spieler in die Hand drücken.“

Man hat unter westdeutschen Sportfunktionären schon viel Dummheit und Analphabetentum erlebt; daß aber Derwall sich nicht über den Inhalt der Schallplatte im klaren war, kann man wohl ausschließen. Mit seiner Schallplattenaktion stellt sich Derwall voll in die Tradition seines erzreaktionären Vorgängers Helmut Schön. Schön zählte zum Beispiel den Altfaschisten und Fliegerobersten Rudel zu seinen Freunden.



Eigentlich sollte der Sport der Gesundheit des Menschen dienen. Daß das im Kapitalismus nicht so ist, dafür gibt es viele Beispiele. Geld, Prestige und Medaillen stehen im Vordergrund. Der Leistungsgedanken im Sport wird so auf unumstößliche Weise pervertiert. Dies ist der jüngste Fall: Chris Taylor, Bronzemedailengewinner im Schwergewicht der Freistilringer von München 1972, ist gestorben. Er litt zuletzt an Gelbsucht und Venenbeschwerden: eine Folge von Doping? Und er war schon von jeher krank, hatte Fettsucht. Schon 1972 wog er 179 Kilo. Abnehmen durfte er nicht, sonst wäre er leichter zu besiegen gewesen. Hauptsache eine Medaille. Nachher kann man ihn immer noch zum Ausschuß werfen. Wie jetzt geschehen.



Samstag, 14. 7., 20.15 Uhr,
ZDF
Freundschaft wider Willen.
Abenteuerfilm nach einem Roman von Jack London.

Samstag, 14. 7., 21.25 Uhr,
West-Nord-Hessen III
Schlachtvieh. Fernsehfilm von Christian Geissler. Geissler, geboren 1928, wurde vor allem durch seinen antifaschistischen und zeitkritischen Roman „Anfrage“ (1961) bekannt, der sich mit dem Wiederaufstieg von Militarismus und Faschismus in der Bundesrepublik auseinandersetzt.

Sonntag, 15. 7., 11.15 Uhr,
ARD
Liebe und Arbeit. Beobachtungen beim Kinder- und Jugendtheater „Rote Grütze“. Der Film zeigt die Theatergruppe bei der Erarbeitung ihres Stückes „Mensch, ich liebe dich doch“. Übrigens findet sich in der neuesten Ausgabe des „Roten Rebellen“, des Jugendmagazins der Roten Garde, ein Interview mit der „Roten Grütze“.

Sonntag, 15. 7., 21.15 Uhr,
DDR-Fernsehen II
Die Straße. Klassischer deutscher Stummfilm aus dem Jahr 1923 über den Fluchtversuch eines Kleinbürgers aus seinen engen Verhältnissen.

Dienstag, 17. 7., 21.20 Uhr,
ZDF
Verdächtig und verkauft. Der Film berichtet anhand von Beispielen über Datenmißbrauch und Datenschutz.

Dienstag, 17. 7., 21.40 Uhr,
DDR-Fernsehen II
Liederbüchse: Cantare. Lieder aus Mittelamerika.

Donnerstag, 19. 7., 21.15 Uhr,
ARD
Verschwörung gegen Hitler. Dokumentarfilm über die Verschwörung des 20. Juli 1944.



Gemüsebauern ernten in Sichtweite der Giftfabrik Porree — für die Müllverbrennung.

Staat streicht 1,5 Milliarden Mark Postprofite ein — Kleine Zusatzsteuer sozusagen —

Über drei Milliarden Mark Profit hat die Deutsche Bundespost im Jahre 1978 erzielt. Von dieser Summe soll nun die Hälfte — 1,5 Milliarden Mark — in die Staatskasse abgezweigt werden. Entsprechende Pläne der Bundesregierung sind nun bekannt geworden.

Die immensen Gewinne der Post resultieren nicht zuletzt aus den unverschrämten Erhöhungen der Post- und Telefongebühren. Die Gelder sind den Werktätigen aus der Tasche gezogen worden. Und sie verschwinden nun zum Teil in

den Kassen des Staates — als eine kleine Zusatzsteuer sozusagen. Hier liegen sie dann zum Beispiel bereit, um irgendwelchen Unternehmern oder Großkapitalisten in die uner-sättlichen Rachen geworfen zu werden.

Flick zum Beispiel hat sich gerade ein Steuergeschenk in Höhe von einer Milliarde Mark endgültig an Land gezogen. Die Bundesregierung hatte ihm gestattet, einen Veräußerungsgewinn von zwei Milliarden Mark, der aus dem Verkauf eines Daimler-Benz-Pakets stammt, steuerfrei anzulegen.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
Roter Morgen
Postfach 300526

4600 Dortmund 30

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr.

☐ für 1 Jahr

☐ für 1/2 Jahr

☐ Probenummer

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Unterschrift: Datum:

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:

☐ jährlich

DM 60,—

☐ halbjährlich

DM 30,—

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements). Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt.



Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.
ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN“, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92

4800 BIELEFELD 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.
4630 BOCHUM, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37, geöffnet: Do 16.00-18.30 Uhr.
2800 BREMEN (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 10-12 Uhr.
6100 DARMSTADT, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit“, Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10-13 Uhr.
4600 DORTMUND 30 (Hörde), Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr 14-18, Sa 9-14 Uhr.
4100 DUISBURG 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube“, Alleestr. 49, Tel.: 0203 / 55 06 23, geöffnet: Mo 15.00-18.30, Di-Fr 9-13 u. 15.00-18.30, Sa 9-14 Uhr.
2390 FLENSBURG (Duburg), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Burgstr. 5, geöffnet: Sa 10-12 Uhr, Tel.: 0461 / 2 96 01.
6000 FRANKFURT (Bockenh. im), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611 / 77 12 00, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.
7800 FREIBURG, Parteibüro der KPD/ML, Klarstr. 29, geöffnet: Di u. Do 17-19, Sa 10-13 Uhr.
2000 HAMBURG 6, Buchladen „Roter Morgen“, Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

3000 HANNOVER, Buchladen „Roter Morgen“, Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62, geöffnet: Di-Do 17-19, Sa 9-13 Uhr.
7100 HEILBRONN, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.
3500 KASSEL, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext“, Mittelgasse 9, Tel.: 0561 / 1 65 07, geöffnet: Mi-Fr 15.30-18.00, Sa 10-13 Uhr.
2300 KIEL 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9-13 u. 15-18, Do 9-13 u. 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.
5000 KÖLN 91, Buchladen „Roter Morgen“, Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 17.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.
6700 LUDWIGSHAFEN (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit“, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.
8000 MÜNCHEN 5, Buchhandlung „Roter Morgen“, Frauenhoferstraße 13, Tel.: 089 / 260 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.
8500 NÜRNBERG, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 17-19, Sa 10-14 Uhr.
7000 STUTTGART 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.
SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“ Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 15-18 Uhr, Sa 10-13 Uhr.